

PAPERS

**CORNELIA HILDEBRANDT
JOCHEN WEICHOLD**

**EUROPAWAHL 2014
WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN
IM VERGLEICH**

**CORNELIA HILDEBRANDT
JOCHEN WEICHOLD**

EUROPAWAHL 2014

**WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN
IM VERGLEICH**

**REIHE PAPERS
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

Zu den AutorInnen:

CORNELIA HILDEBRANDT arbeitet als stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse an der Rosa-Luxemburg-Stiftung und leitet den Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen. Dr. JOCHEN WEICHOLD ist freier Sozialwissenschaftler.

IMPRESSUM

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin • www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 • Redaktionsschluss: April 2014

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Inhalt

Vorbemerkung	5
1. Die Botschaften der Parteien	6
2. Grundpositionen zur Europäischen Union und ihrer Entwicklung	7
3. Europäische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	10
Europäische Wirtschaftspolitik	10
Europäische Landwirtschaftspolitik	17
Europäische Arbeitsmarktpolitik	18
4. Europäische Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik	21
Europäische Finanzpolitik	21
Europäische Haushaltspolitik	25
Europäische Steuerpolitik	28
5. Europäische Sozialpolitik	29
6. Europäische Klima-, Umwelt- und Energiepolitik	33
Europäische Energiepolitik	34
Emissionsreduktion und Emissionshandel	38
Europäische Klimapolitik	39
Europäische Verkehrspolitik im Kontext von Umwelt- und Klimaschutz	39
7. Bürgerrechte und Demokratie in Europa	41
Umbau und Demokratisierung europäischer Institutionen	41
Stärkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente	42
Veränderungen des Wahlrechts	43
Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung	43
Menschenrechte und Asyl- und Flüchtlingspolitik	44
Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	47

8. Europa in der Welt	48
Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	49
Haltung zur NATO	50
Rüstungspolitik und Haltung zu Rüstungsexporten und Abrüstung	51
Verhältnis zu Russland	52
Positionen zum Ukraine-Konflikt	53
Verhältnis zu den Nachbarländern Europas am Mittelmeer	53
Entwicklungszusammenarbeit	54
Resümee	55

Vorbemerkung

Am 25. Mai 2014 finden in der Bundesrepublik Deutschland Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die politischen Parteien haben dazu Wahlprogramme veröffentlicht. Diese spielen zwar im Wahlkampf nicht die entscheidende Rolle. Sie geben aber detailliert Auskunft über die Positionen der Parteien gegenüber der Europäischen Union (EU) insgesamt und auf den verschiedenen Politikfeldern. Wir untersuchen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Positionen zwischen den Parteien CDU, SPD, FDP, Alternative für Deutschland (AfD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) und DIE LINKE. Wir behandeln nicht alle, aber wichtige ausgewählte Politikfelder.

Während in den Wahlprogrammen der Parteien zu den vorangegangenen Europa-Wahlen zumeist innenpolitische Fragen dominierten, stehen in diesem Jahr europäische Themen im Zentrum der programmatischen Papiere, geht es um europäische Politik. Dies kann als Indiz für die fortschreitende europäische Integration genommen werden und dafür, dass viele Probleme auf der kommunalen, der Landes- und der Bundesebene nicht mehr ohne die europäische Ebene zu betrachten und zu lösen sind.

CDU, SPD, FDP und AfD haben ihre Programme in einem relativ knappen Zeitrahmen auf Parteitagen verabschiedet. Im Unterschied dazu gab es ausführliche Debatten und Abstimmungen über mehrere Tage vor allem bei der LINKEN und bei den GRÜNEN, auf deren Bundesdelegiertenkonferenz den Delegierten über 600 Änderungsanträge zum Wahlprogramm vorlagen. Auch in der Länge unterscheiden sich die Programme deutlich. Am kürzesten fällt das Programm der SPD aus, am längsten ist das Programm der GRÜNEN.

Cornelia Hildebrandt, Jochen Weichold

1. Die Botschaften der Parteien

Die Parteien, die in dieser Studie behandelt werden, gehen mit unterschiedlichen Botschaften in den Europa-Wahlkampf. Die CDU betont, die internationale Finanzkrise und die Staatsschuldenkrise in den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone habe gezeigt, dass es auch Deutschland auf Dauer nur gut gehen werde, wenn es Europa gut gehe. Die CDU hält sich zugute, Deutschland erfolgreich aus der Krise geführt zu haben. Diese Politik solle fortgesetzt werden, heißt die Botschaft der CDU. Ihr Ziel sei es, dass so wie Deutschland auch Europa gestärkt aus der Krise komme. „Mit einer weltweit wettbewerbsfähigen Industrie, stabilen Finanzen in allen Mitgliedstaaten und mehr Investitionen in die Zukunft können wir dieses Ziel erreichen.“ Wer ein starkes wettbewerbsfähiges Europa in einer globalisierten Welt, beruhend auf den europäischen Werten, wolle, wer für Stabilität und gegen eine „Schuldenunion“ sei, der müsse die Union wählen.

Die FDP will Europa zum Kontinent der Chancen machen. Ihr Ziel sei ein Europa, das mehr Vertrauen seiner Bürger genießt, schlanker organisiert ist und demokratischer entscheidet. Nur die FDP würde garantieren, lautet die neoliberale Botschaft der Partei, dass Deutschland und Europa adäquat auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren – nämlich mit weniger Bürokratie, mehr Marktwirtschaft, mehr Wettbewerb und mehr Privatisierung. Die Partei präsentiert sich als Verfechterin einer konsequenten Politik der Geldwertstabilität und als Hüterin der Interessen des Mittelstands und erklärt: „Wir wollen unternehmerisches Handeln fördern und nicht bremsen.“ Ebenso wie die CDU verbindet die FDP die sich verändernde ökonomische Stellung Deutschlands innerhalb der EU und im globalen Wettbewerb mit dem Ziel der Erschließung neuer Märkte.

Die AfD erklärt, sie bekenne sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach Menschenrechten und Demokratie gerecht werde und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhalte. Sie lehnt aber einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika ab und strebt eine EU souveräner Staaten an. Nur mit ihr – suggeriert die Partei – gebe es künftig eine Kraft im Europäischen Parlament, die den „Auswüchsen der EU in Form von Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus“, die den historischen Erfolg Europas – ebenso wie der Euro – in immer stärkerem Maße bedrohen würden, entgegenstünde.

Nach Auffassung der SPD garantiere die Fortschreibung des Status quo keine Zukunft mehr für die Idee eines Europas des Friedens, des Wohlstands, der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts. Nur mit der SPD, so die Botschaft der Partei, werde es möglich sein, Europa eine neue, eine andere Richtung zu geben: Wenn Europa handlungsfähig bleiben und in der Krise nicht auseinanderdriften wolle, müsse es sich darauf zurückbesinnen, was die europäische Einigung auszeichne: Zusammenarbeit, Respekt, Transparenz, Solidarität auf der Grundlage starker europäischer Institutionen und demokratischer Verfahren für einen fairen europäischen Interessenausgleich. Dieser Grundkonsens und diese politische Kultur müssten wieder gestärkt und erneuert werden. Die Europawahl und ein von den Bürgerinnen und Bürgern legitimierter sozialdemokratischer EU-Kommissar würden die Chance bieten, den Status quo in Europa zu überwinden und zu verändern.

Die GRÜNEN fordern, Europa ökologisch neu auszurichten, und stehen für einen europäischen Green New Deal, der den Menschen wieder Perspektiven und Arbeitsplätze bietet. DIE GRÜNEN seien die Streiter „für einen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umbau, der unseren zukünftigen Wohlstand auf nachhaltiger Entwicklung und einer grünen industriellen Revolution aufbaut“, heißt die Botschaft der Partei. DIE GRÜNEN bestünden auf einer europäischen Energiepolitik, die den Klimawandel entschärft, blieben verlässliche Verfechter des Umweltschutzes und würden unter dem Banner der sozialen Gerechtigkeit gegen soziale Ausgrenzung und unter dem der Nachhaltigkeit gegen Austerität mobilisieren. Ihr Kompass seien Frieden, Demokratie und Menschenrechte.

DIE LINKE spricht sich für ein Europa auf anderen vertraglichen Grundlagen aus, für eine EU, in der nicht die Freiheit der Märkte an erster Stelle stehe, sondern Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit gleichrangige verfassungsrechtliche Werte und Ziele seien. DIE LINKE gebe denen eine Stimme, die keine Wirtschaftslobby hinter sich haben. Gemeinsam mit der Europäischen Linken – lautet die Botschaft der Partei – sei sie eine starke Kraft für soziale Gerechtigkeit im Europäischen Parlament. DIE LINKE hält trotz heftiger Kritik an der heutigen Verfasstheit der EU einen Rückzug auf den Nationalstaat für falsch und grenzt sich damit eindeutig von der AfD ab.

2. Grundpositionen zur Europäischen Union und ihrer Entwicklung

In ihren Programmen zur Europawahl 2014 sehen CDU, FDP, SPD und GRÜNE in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung und betonen die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte. Die CDU erklärt, Europa sei ein weltweit einmaliges Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens. Für die SPD ist die EU das größte Zivilisationsprojekt des 20. Jahrhunderts. Die Partei warnt, ein Rückzug auf den Nationalstaat „vielleicht sogar mit D-Mark und geschlossenen Grenzen“ sei eine gefährliche Illusion. Für die FDP ist Europa „ein großartiges Projekt, das für Frieden, Freiheit und Wohlstand steht“. Und für DIE GRÜNEN ist Europa „unsere gemeinsame Zukunft“. Die CDU formuliert eindeutig: „Die Globalisierung können wir Europäer nur dann maßgeblich mitgestalten, wenn wir eine starke und handlungsfähige Europäische Union haben.“

Die Partei DIE LINKE akzentuiert hingegen, dass die herrschende neoliberale Politik der EU gegen soziale Gerechtigkeit, gegen den weltweiten Frieden und gegen die demokratische Teilhabe der Menschen agiere. Zwar ist auch sie gegen einen Rückzug auf den Nationalstaat, sieht darin vielmehr eine große Gefahr, verlangt aber eine Neubegründung und einen Neustart, um eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu ermöglichen.

Hinsichtlich der **Finalität der Europäischen Union** positionieren sich lediglich FDP und AfD – allerdings auf gegensätzlichen Polen: Während die FDP die Auffassung vertritt, die EU sollte langfristig auf der Grundlage einer gemeinsamen Verfassung ein föderaler Bundesstaat werden, will die AfD die EU auf die Binnenmarktfunktion reduzieren und strebt im Sinne des Souveränismus lediglich einen Staatenbund an – einen „demokratischen, rechtsstaatlichen Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt“. CDU,

SPD, LINKE und GRÜNE äußern sich in ihren Programmen zu dieser Frage nicht.

Auf dem Europa-Parteitag der GRÜNEN im Februar 2014 forderten Vertreter der *Grünen Jugend*, perspektivisch für einen föderalen europäischen Bundesstaat einzutreten. Parteichef Cem Özdemir entgegnete unter Verweis auf das Grundsatzzprogramm der Öko-Partei, die EU sei weder Bundesstaat noch Staatenbund. Die EU sei etwas völlig Neues, das nicht mit den Kategorien des vergangenen Jahrhunderts erklärt werden könne.

Nach Auffassung der FDP sei ein föderaler Bundesstaat das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in eine nationalstaatliche Kleinstaaterei. In diesem Sinne solle die europäische Integration schrittweise weiter vorangetrieben werden. Zu einer vertieften Integration gehöre eine zügige Fortschreibung der Verträge nach der Europawahl durch Einberufung eines Konvents, der nicht nur aus Parlamentariern und Regierungsvertretern, sondern auch aus Vertretern der Zivilgesellschaften besteht. So solle die Diskussionen um eine europäische Verfassung wiederbelebt und behutsam weiterentwickelt werden. Am Ende dieser Entwicklung solle nach Auffassung der FDP ein demokratisch legitimierter, föderaler, subsidiärer und dezentraler Bundesstaat stehen, über den die Bürgerinnen und Bürger in einer europaweiten Volksabstimmung entscheiden.

Hinsichtlich der weiteren europäischen Integration plädieren insbesondere FDP, AfD und SPD ausdrücklich für ein „**Europa verschiedener Geschwindigkeiten**“. Nach dem Willen der FDP müsse es in Europa mehr Raum für unterschiedliche Tiefen und für verschiedene Geschwindigkeiten bei der Integration geben. Die AfD meint, es könne jenseits der gemeinsamen Klammer des Binnenmarktes Kooperationen geben, an denen jeweils nur ein Teil der europäischen Staaten teilnehme. Die SPD will das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit stärker nutzen, um die Handlungsfähigkeit der EU auch in Bereichen zu steigern, in denen nicht von vornherein alle EU-Staaten zu Fortschritten bereit seien. CDU, GRÜNE und LINKE äußern sich nicht konkret zu dieser Frage.

Zum **Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration** äußern sich dezidiert CDU, FDP, SPD und AfD. Nach Meinung der CDU müsse in den nächsten Jahren die Festigung der Europäischen Union Vorrang vor deren Erweiterung haben. Dennoch müsse nach Meinung der CDU die Europäische Union grundsätzlich für europäische Staaten offen bleiben. Die laufenden Beitrittsverhandlungen sollen fortgesetzt werden. Allerdings müssten die Kandidaten für den Beitritt zur EU alle politischen und wirtschaftlichen Kriterien voll erfüllen. Das sei die Voraussetzung für den Abschluss der Beitrittsverhandlungen. Die Länder müssten insbesondere die EU-Standards in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Menschenrechte wie Meinungs- und Religionsfreiheit in die Praxis umgesetzt haben. Gleiches gelte für Volksgruppen- und Minderheitenrechte. „Entscheidend sind zum einen die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten und zum anderen die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union.“ Ähnlich sehen das FDP, SPD und AfD. Die AfD bindet allerdings jede weitere Aufnahme an eine Volksabstimmung in Deutschland.

Auch für DIE GRÜNEN und DIE LINKE ist die EU-Erweiterung nicht abgeschlossen. Nach Meinung der GRÜNEN gelte es, an einer Beitrittsperspektive für weitere Staaten festzuhalten, denn die Erweiterung sei ein Beitrag dazu, Europa zusammenzuhalten. Nach Auffassung der LINKEN müssten künftige Erweiterungsrunden der EU so gestaltet werden, dass soziale Standards gesichert werden.

Die Partei setzt sich für Beitrittsprozesse ein, in denen neben der Erfüllung der Kopenhagener keine zusätzlichen Bedingungen an einzelne Länder gestellt werden.

Die CDU, die FDP, die SPD und DIE GRÜNEN stehen zur Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans zur EU. AfD und LINKE äußern sich nicht konkret zu dieser Frage. Die CDU strebt eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei an, lehnt aber – wie die AfD – eine Vollmitgliedschaft dieses Landes in der EU ab. Dagegen sprechen sich SPD, GRÜNE und FDP für die Weiterführung der Verhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel eines Beitritts aus. DIE LINKE äußert sich nicht zur Türkei-Frage.

Alle Parteien verfechten in ihren Programmen das **Subsidiaritätsprinzip**. Europa müsse sich nach Auffassung der CDU auf die Aufgaben konzentrieren, die nur gesamteuropäisch bewältigt werden können. „Die CDU steht für die Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes in Europa.“ Die SPD will eine Politik für Europa, die nur das regelt, was nicht lokal, regional und national besser geregelt werden kann. Auch nach Meinung der LINKEN müsse bei der Verteilung der Aufgaben innerhalb der EU das Subsidiaritätsprinzip durchgesetzt werden: Aufgaben, die von einer nachgeordneten Ebene zuverlässig und zweckmäßig erfüllt werden können, seien dieser zuzuweisen.

Die FDP will „weniger Bürokratie“ und „weniger überflüssige Regulierung“ – dafür aber „mehr Gemeinsamkeit dort, wo wir ein starkes Europa brauchen: Bei Fragen unserer gemeinsamen Währung, im Binnenmarkt, in der Handelspolitik, in der Energiepolitik, in der Rechtspolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik“. Außerhalb dieser Kernbereiche will die FDP möglichst viel Spielraum für mitgliedersstaatliche und regionale Regelungen lassen. Das heißt ausdrücklich: keine gemeinsamen Regelungen in so wichtigen Bereichen wie Soziales, Umwelt, Steuern und Finanzen! Die AfD tritt für eine EU ein, die „auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt“. Sie verlangt, Deutschland müsse entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden.

Während die CDU offenbar für ein „Weiter so“ in der Europa-Politik plädiert, fordern SPD, GRÜNE und LINKE einen **Kurswechsel**. Die SPD, die als Leitbild der Europapolitik ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa verfißt, will „Europa eine neue Richtung geben“. Sie meint, die letzten Jahre hätten gezeigt, dass Europa neue Ideen, neue Impulse und eine neue Richtung brauche. Damit Europa wieder mehr Vertrauen schaffe und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft wecke, müsse die europäische Idee neu gedacht werden: „Wir brauchen einen Politik- und Stilwechsel in Europa. Wir brauchen mehr Beteiligung an europapolitischen Diskussionen und Entscheidungen.“

DIE GRÜNEN sprechen sich für eine Erneuerung der Europäischen Union aus. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe „Konstruktionsfehler und gefährliche Risse im Fundament“ gezeigt und „nationale Fliehkräfte“ hervorgerufen. Der Zusammenhalt der Union stehe in Frage: „Statt der Suche nach gemeinsamen Antworten droht der Rückzug in die jeweils eigenen nationalen Grenzen.“ DIE GRÜNEN wollen ein „Angebot für ein anderes, ein besseres Europa“ machen. Es gehe ihnen um ein Europa, das seine Wirtschaft und Energieversorgung auf eine umweltfreundliche und nachhaltige Basis stellt, das gemeinsam, fair und solidarisch vor allem das Gemeinwohl im Auge hat, in dem die Krise nicht länger durch

eine einseitige Kürzungspolitik verschärft wird, in dem der grüne Umbau der Wirtschaft, sinnvolle Investitionen und vermehrte Bildungsausgaben den Menschen wieder Perspektive und Arbeitsplätze bieten. Es gehe ihnen um ein Europa, das jeden Menschen akzeptiert und schützt – unabhängig von Geschlecht, Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Identität. Es gehe ihnen um ein Europa, das die Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger verteidigt und die Rechte und Würde auch von Flüchtlingen schützt. „Wir streiten mit Überzeugung für die weitere europäische Einigung, den Euro und den Zusammenhalt in Europa.“

DIE LINKE will eine soziale und demokratische Neuausrichtung der EU, will einen Politikwechsel und tritt für ein gemeinsames Haus Europa und für Frieden und sozialen Fortschritt auf dem Kontinent ein. Das politische Angebot der LINKEN entwerfe ein Europa, das sozialer, gerechter, ökologischer, feministischer, friedlicher und weltoffener als das heutige ist. Die Partei plädiert in diesem Kontext für einen Ausbau der Struktur-, Kohäsions- und Agrarfonds, in denen sich schon jetzt konkrete Solidarität in der EU äußere. DIE LINKE erklärt: „Die EU benötigt eine andere vertragliche Grundlage: eine EU-Verfassung, die von den Bürgerinnen und Bürgern mit gestaltet wird und über die zeitgleich in jedem EU-Mitgliedstaat in einem Referendum abgestimmt werden muss.“ Eine EU-Verfassung müsse in ihren Aussagen wirtschaftspolitisch neutral und gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen Gesellschaftsentwicklungen offen sein.

3. Europäische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Europäische Wirtschaftspolitik

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Vorstellungen von CDU, FDP und AfD stehen allein die **Wettbewerbsfähigkeit** nach innen und außen sowie der Bürokratieabbau. Die CDU spricht sich für „ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa“ aus und tritt für einen „fairen und funktionierenden Wettbewerb“ im Europäischen Binnenmarkt ein. Sie will den Wirtschaftsstandort Europa stärken. Bis 2020 müssten wieder 20 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung im verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet werden. In der anhaltenden Wirtschaftskrise habe sich gezeigt, dass diejenigen Länder in Europa die Krise besser überstehen, die auf eine leistungsfähige Industrie setzen können. Auch deshalb wolle die CDU, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. „Wir wollen Europa als wettbewerbsfähigen Standort von Industrie, Dienstleistung und Mittelstand stärken und damit auch zukünftig Wohlstand in Europa ermöglichen.“

Gleichzeitig müssten nach dem Willen der CDU in Europa die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt sein, dass die europäische Industrie im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig sei. „Wir wollen noch stärker gegen unfairen Wettbewerb vorgehen und Subventionen abbauen, die Wettbewerb verzerren.“ So müssten Ausnahmeregelungen bei den Strompreisen für energieintensive Unternehmen in Deutschland, die im internationalen Wettbewerb stehen, weiterhin möglich bleiben. In der Wirtschaft habe die vierte industrielle Revolution begonnen. „Gerade im Bereich der Industrie 4.0 müssen Deutschland und Europa neue Anstrengungen unternehmen, um auch hier Technologieführer zu werden.“ Die CDU will die digitale Wirtschaft stärken. Dazu gehöre, dass Unternehmen im

digitalen Sektor schneller und leichter gegründet werden können, z. B. durch weniger Bürokratie und bessere Finanzierungsmöglichkeiten. Die EU müsse auch im Internetbereich, in der digitalen Sicherheitstechnik und im Bereich der Hardware-Komponenten unabhängiger und handlungsfähiger werden.

Die FDP setzt auf „fairen und unverfälschten“ Wettbewerb und fordert einen spürbaren Bürokratieabbau. Sie verlangt, europäische Subventionen zurückzufahren und das Vergaberecht und europäische Ausschreibungen zu vereinfachen. Sie will sich dafür einsetzen, dass jeder Versuch, „mittels vergabefremder Kriterien sozial- oder umweltpolitische Wünsche durchzusetzen“, auf ein Minimum beschränkt bleibt. Die FDP orientiert auf „mehr Wachstum“, ohne die Frage nach der Art des Wachstums zu stellen.

Nach Meinung der AfD müsse Wirtschaftspolitik den Wettbewerb stärken, um die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich leistungsfähiger zu machen. Die AfD will den Binnenmarkt auf weitere Bereiche ausweiten und „auch bisher geschützte Wirtschaftsbereiche“ (zum Beispiel infrastrukturbasierte Branchen wie Kommunikation, Versorgung und Verkehr) „dem Wettbewerb [...] öffnen“. Ungerechtfertigte Wettbewerbsbeschränkungen auf dem Europäischen Binnenmarkt (wie z. B. die Zwangsmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern) müssten durch die europäische Wettbewerbsaufsicht aufgehoben werden. Die AfD plädiert in diesem Zusammenhang für eine unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde.

Dagegen verurteilt DIE LINKE die Strategie, die EU zur wettbewerbsfähigsten Region in der Welt zu machen, weil damit ein gnadenloser Standortwettbewerb und ein Wettlauf um Senkung der Kosten sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft verschärft wurden. DIE LINKE kritisiert, dass die Wirtschaft der EU nach wie vor im Wesentlichen auf Wachstum setzt. Sie plädiert für einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft und tritt für die gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, um regionale Produktion und Verbrauch und damit insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu stärken. Die Wirtschaft müsse demokratisch gestaltet werden: „Im Betrieb durch mehr direkte Mitbestimmung von unten, in der Gesellschaft insgesamt durch eine Politik der stärkeren sozialen, finanziellen und ökologischen Regulierung.“ DIE LINKE setzt sich für ein integriertes Konzept demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa ein.

Die SPD strebt hingegen einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch für Europa an. Der europäische Wachstumspakt müsse zügig umgesetzt werden. Es gehe um Wachstum durch Zukunftsinvestitionen. Die SPD setzt sich für eine intelligente europäische Industriepolitik ein, die auf Innovation und Wachstumspotenziale in den Leitmärkten der Zukunft setzt (transeuropäische Netze, erneuerbare Energien, Verkehr, digitale Medien, Telekommunikation oder Breitbandversorgung). Dies würde auch die Entwicklung industrienaher Dienstleistungen unterstützen. Nur wenn Europa weiterhin die Werkbank für innovative Produkte sei, ließen sich die Ziele Wohlstand, hohe Beschäftigung, gute Löhne und Umweltschutz verwirklichen.

DIE GRÜNEN setzen auf einen „Green New Deal“ als europäisches Investitionsprogramm, das gerade in den Staaten unter dem Euro-Rettungsschirm die ökologische Modernisierung und die Energiewende voranbringen und so neue Jobs und Zukunftsperspektiven schaffen könne. Vielfach habe das Krisenmanagement mit seinem einseitigen Fokus auf staatliche Sparmaßnahmen und Lohnsenkungen die Wirtschaftskrise in den überschuldeten Ländern mit verschärft. Zu

wenig sei getan worden, um neben den notwendigen Strukturreformen und Sparmaßnahmen auch positive Impulse für die Wirtschaft zu setzen. Die Öko-Partei plädiert für eine Politik, „die uns solide, solidarisch und nachhaltig aus der Krise führt“. DIE GRÜNEN wollen mit dem „Green New Deal“ zugleich die Wirtschaftsunion um eine soziale Dimension ergänzen. „Wir verstehen die Wirtschaft als Partnerin und wollen eine starke europäische Industrie, die schonend mit Ressourcen umgeht und emissionsarm produziert.“ Es geht der Öko-Partei um nicht weniger als um eine „grüne industrielle Revolution“.

Grünes Wirtschaften heiÙe geschlossene Stoffkreisläufe anzustreben – das müsse schon bei der Produktentwicklung ansetzen. „Das wollen wir fördern, indem wir vermehrt Ressourcenverbrauch statt Arbeitskraft besteuern und die europäische Ökodesign-Richtlinie um die Kriterien Wiederverwertung und Effizienz erweitern. Mit einer innovativen Rohstoffpolitik wollen wir wertvolle Ressourcen weniger verwenden, wiederverwenden oder durch andere Materialien ersetzen. Das vermindert die Abhängigkeit von Importen und macht Europas Unternehmen wettbewerbsfähiger. Wir sind überzeugt, dass ein effizienterer Verbrauch von Rohstoffen gerade in Krisenzeiten wie ein Konjunkturprogramm wirken kann.“ Zudem brauche Europa dringend andere Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung jenseits des Bruttoinlandsprodukts. Die soziale und ökologische Dimension dürfe nicht länger bei der Beurteilung unseres Wirtschaftens ausgespart werden.

Während CDU, FDP, AfD und SPD einen Lobgesang auf die „**Soziale Marktwirtschaft**“ – wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung – anstimmen, taucht der Begriff in den Wahlprogrammen von GRÜNEN und LINKEN überhaupt nicht auf. Die CDU erklärt: „Unser Leitbild für Deutschland und Europa ist die Soziale Marktwirtschaft.“ Sie führe Leistung, Verantwortung und Solidarität zusammen. Sie sei daher die beste Wirtschaftsordnung „für freie Menschen in einer solidarischen Gesellschaft“. Die AfD orientiert sich an den Leitlinien von Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“. Die FDP plädiert für eine Politik der „Sozialen Marktwirtschaft“, die auf „fairen und unverfälschten“ Wettbewerb setzt und die dem Mittelstand Chancen eröffnet. Dagegen strebt die SPD eine „gerechte, demokratische und soziale Ordnung der Märkte“ an, „die das Wirtschaften auf den Wohlstand Aller und nicht den Reichtum einiger Weniger verpflichtet“. In diesem Sinne wolle die SPD eine „Soziale Marktwirtschaft“ in Europa gestalten. Das Soziale Europa sei kein Gegensatz zu wirtschaftlicher Dynamik, sondern Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.

CDU, SPD, FDP, GRÜNE und LINKE setzen sich für eine **stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik** der Euroländer bzw. der EU-Mitgliedsstaaten insgesamt ein. Die CDU will dadurch beispielsweise eine dauerhaft krisenfeste Wirtschafts- und Währungsunion schaffen. Dazu müssten die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder der Währungsunion abgebaut werden, indem die notwendigen Reformen in allen Euroländern durchgeführt und unter allen Euroländern künftig früher und besser abgestimmt werden. Nach Meinung der SPD müsse verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit sozial- und beschäftigungspolitischen Zielen verbinden. DIE LINKE plädiert dafür, generell die Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik der europäischen Staaten aufeinander abzustimmen, um eine Dumping-Konkurrenz zu unterbinden.

Hingegen besteht die AfD auf der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre jeweilige Wirtschaftspolitik. Sie will, dass die Wirtschaftspolitik in der Gestaltungshoheit der Mitgliedsstaaten verbleibt und lehnt die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung ab.

Während DIE GRÜNEN und DIE LINKE für europäische **Konjunkturprogramme** plädieren, lehnt die FDP „schuldenfinanzierte Konjunkturpakete“ ab. Ganz dem neoliberalen Dogma verhaftet, bedarf für die AfD „jegliche Intervention des Staates in die Märkte einer transparenten, ökonomischen oder gesellschaftspolitischen Begründung“. Grundsätzlich sollten solche Interventionen zeitlich begrenzt sein. CDU und SPD äußern sich zu dieser Frage nicht.

Nach den Vorstellungen der GRÜNEN soll durch ein langfristiges und sozial-ökologisch ausgestaltetes Programm im Rahmen des EU-Haushaltes, das u.a. aus einer europäischen Verwendung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sowie den Mehreinnahmen aus dem Trockenlegen sämtlicher (auch europäischer) Steueroasen zu finanzieren sei, die Rezession in den Krisenländern überwunden und das Fundament für ein nachhaltigeres Wirtschaftsmodell gelegt werden, das ohne Umweltzerstörung auskommt. DIE LINKE strebt ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm an, das Investitionen am gesellschaftlichen Bedarf, nicht am Profit ausrichtet. Mit öffentlichem Geld müssten öffentliche Investitionen gefördert werden. Statt nationaler Konkurrenz und Standortwettbewerb sei eine aktive, staatliche Politik zur Schaffung von Produktionsschwerpunkten nötig. Das Investitionsprogramm solle insbesondere die Infrastruktur durch öffentliche Investitionen verbessern und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und den Klimaschutz voranbringen. Die Europäische Union müsse die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen.

Während SPD, GRÜNE und LINKE in den **wirtschaftlichen Ungleichgewichten** in der EU eine wesentliche Ursache der Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise sehen und diese Ungleichgewichte verringern wollen, stemmen sich FDP, AfD und CDU gegen solche Vorschläge. DIE LINKE strebt „ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten der EU und gegenüber dem Rest der Welt an, um neue Schulden- und Währungskrisen zu verhindern“. Staaten, die einen großen Überschuss an Exporten haben, müssten diesen zurückfahren. Dafür müsse die Binnennachfrage durch höhere Löhne, öffentliche Investitionen und den Ausbau des Sozialstaats gestärkt werden. Staaten, die übermäßig auf Importe angewiesen seien, müssten ihre Wirtschaftsleistung durch Investitionen in den Strukturwandel stärken. Besonders dauerhafte Exportüberschüsse innerhalb der EU müssten sanktioniert werden, um den Strukturwandel in den Krisenstaaten zu finanzieren und dort eine expansive Wirtschaftspolitik zu unterstützen (Ausgleichsunion).

Auch nach Auffassung der SPD müssten exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum bekämpft werden. DIE GRÜNEN betonen, dass deutsche Überschüsse und Defizite in Krisenländern zwei Seiten einer Medaille seien. Um die ökonomischen Ungleichgewichte in der EU abzubauen, müsse die Binnenkonjunktur in den Überschussländern wie Deutschland (zum Beispiel durch Mindestlöhne, Maßnahmen gegen die Tariffucht und eine stärkere Orientierung der Entwicklung der Reallöhne am Produktivitätsfortschritt) gestärkt werden.

CDU, FDP und AfD sehen in den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in der EU hingegen kein Problem. Im Gegenteil: Sie sind stolz auf die Exportstärke

Deutschlands und wenden sich gegen die Sanktionierung von Exportüberschüssen. Die FDP verkündet beispielsweise, Deutschland habe durch eine entschiedene Reformpolitik und eine kluge Tarifpolitik seine Wettbewerbsfähigkeit im letzten Jahrzehnt gesteigert. Dies drücke sich in der Exportstärke Deutschlands aus. Die FDP expliziert: „Wir lehnen alle Versuche ab, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit künstlich zu schwächen oder gar mit politischen Sanktionen zu belegen, wie dies teils von linken Parteien gefordert wird. Vielmehr ermuntern wir unsere Partner in Europa, ebenfalls durch marktwirtschaftliche Reformen die Angebotsbedingungen ihrer Volkswirtschaften zu stärken.“

Deutlich kritisieren LINKE und SPD die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf **Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung**. DIE LINKE erklärt, dass die Politik der Privatisierung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen und der Deregulierung im Banken- und Finanzsektor eine der wichtigsten Ursachen der aktuellen Krise sei. Diese Politik müsse beendet werden. DIE LINKE plädiert für einen starken öffentlichen Sektor und den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen sowie für öffentliche EU-Konjunkturprogramme unter transparenter öffentlicher Kontrolle. Sie setzt darauf, durch Investitionen (vor allem in Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung, aber auch in moderne und nachhaltige Industrien und Dienstleistungen) Arbeitsplätze zu schaffen, jungen Menschen in ihren Ländern eine Perspektive zu geben und die jeweiligen Volkswirtschaften zu stärken. Um stabile Beschäftigung zu sichern, will DIE LINKE grenzüberschreitende Wirtschafts Kooperationen und die Vernetzung von Arbeitsmärkten in den Grenzregionen weiter befördern.

Die SPD will die Wirtschaftspolitik neu ausrichten und Schritte hin zu einer demokratisch kontrollierten, koordinierten, europäischen Wirtschaftspolitik verwirklichen, die Europa auf einen nachhaltigen, gemeinsamen Wachstumspfad bringen müsse. Notwendig sei eine Neuausrichtung weg von der einseitigen Ausrichtung auf Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung – hin zu einer Politik, die Wachstum und Innovation mit hoher Beschäftigung, ökologischem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit verbindet. Nationale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge müssten erhalten und geschützt werden. Die Bandbreite dieser Dienstleistungen reiche von der Grundversorgung mit Wasser und Energie über den öffentlichen Personennahverkehr bis hin zu den Bereichen Wohlfahrt, Gesundheit, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Internetzugang oder Kultur. Auch auf europäischer Ebene müsse sichergestellt werden, dass Kommunen selber entscheiden könnten, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge haben. Deshalb will sie sich Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entschlossen entgegenstellen. Öffentliche Daseinsvorsorge gehöre in öffentliche Hand.

Auch GRÜNE, CDU und AfD wenden sich gegen einen Zwang zur Privatisierung, jedoch nicht mit der gleichen Konsequenz, mit der LINKE und SPD Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung kritisieren. Nach Auffassung der GRÜNEN dürfe z. B. die Vergabe öffentlicher Aufträge oder die interkommunale Zusammenarbeit durch EU-Wettbewerbsrecht nicht zur Privatisierungsfalle werden. Die AfD betont, die Entscheidung, ob Güter der sogenannten Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung) in öffentlicher oder privater Verantwortung anzubieten sind, dürfe nicht zentral vorgegeben, sondern müsse von den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen selbst getroffen werden. Das Gemeinwohl müsse bei der

Infrastruktur Vorrang vor Privatinteressen haben. Es dürfe nicht sein, dass das Kostenrisiko beim Staat bleibt und die Gewinne privatisiert werden.

Alle Parteien (mit Ausnahme der AfD) sprechen sich für die **Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen** aus. Die CDU will den Mittelstand u.a. durch Bürgschaften der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Absicherung von Krediten für kleine und mittlere Unternehmen und durch den Abbau von Bürokratie stärken. Sie will sich in diesem Kontext dafür einsetzen, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden können. Die CDU tritt zudem für die Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft („Europa-GmbH“) ein, für die europaweit einheitliche Regeln gelten, und will insbesondere Jungunternehmer unterstützen.

Für die SPD sei es besonders wichtig, den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Krediten zu verbessern. Die EIB müsse hierzu durch eine erhöhte Darlehensvergabe beitragen. Die SPD plädiert für die Schaffung eines europäischen Wachstums- und Aufbaufonds. Nach Auffassung der LINKEN seien alle anwendungsnahen Forschungs-Förderprogramme vorrangig auf kleine Unternehmen auszurichten, geschlossene oder auf bestimmte Großunternehmen ausgerichtete Förderausschreibungen seien auszuschließen.

DIE GRÜNEN wollen kleine und mittelständische Unternehmen und das Handwerk stärker fördern und die Unternehmen mit innovations- und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen beim anvisierten ökologischen Umbau der Wirtschaft unterstützen. Dazu sollen steuerliche Anreize für Investitionen und ein erleichterter Wissenstransfer vor allem zu den kleinen und mittleren Unternehmen gehören – z. B. durch die Förderung einer engeren Zusammenarbeit mit den Forschungszentren der EU. Unternehmen solidarischer Ökonomie sollen durch einen besseren Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe und zu unbürokratischer Hilfe und zu Darlehen besonders unterstützt werden.

Bis auf die SPD betonen alle Parteien in ihren Wahlprogrammen die Bedeutung von **Forschung und Entwicklung** für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die FDP setzt sich dafür ein, dass das europäische Forschungs-Rahmen-Programm (FRP) in Zukunft den Schwerpunkt auf die Förderung von innereuropäischen transnationalen Kooperationen setzt, um die Standorte der europäischen Spitzenforschung besser zu vernetzen.

Die CDU plädiert für eine Hightech-Strategie für Europa: „Wir investieren inzwischen drei Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes in Forschung. Wir erfüllen damit ein gemeinsames europäisches Ziel, das mittelfristig alle Mitgliedstaaten der EU erreichen müssen.“ Die CDU will die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen, den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Innovationsprozessen erleichtern und den Weg von den Ideen hin zu neuen Produkten, Dienstleistungen und Verfahren verkürzen: „Wir brauchen mehr europäisches Risikokapital für Startups und den Mittelstand, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden öffentlich-private Partnerschaften voranbringen.“

Auch DIE GRÜNEN wollen mehr finanzielle Mittel in Forschung und Entwicklung investieren. „Forschungsstarke Mitgliedstaaten sollen ihre Mittel an die Ausgaben der globalen Spitzenreiter anpassen und auf mindestens 3,5 Prozent des BIP erhöhen.“

DIE LINKE will Wissenschaft und Innovation für den sozial-ökologischen Umbau Europas fördern. In diesem Kontext möchte sie den Europäischen Forschungsraum (EFR) stärken und den Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fördern. Die Europäische Forschungsförderung müsse mehr an den Zukunftsherausforderungen der Gesellschaft statt an den Interessen der Industrie ausgerichtet werden. Die Förderung von Rüstungs- und Überwachungstechnologien müsse eingestellt werden.

Die AfD definiert Forschung und Entwicklung hingegen als nationale Aufgabe. „Die AfD spricht der EU eine besondere forschungspolitische Kompetenz ab.“ Nur für sehr aufwändige Forschungsprojekte (z. B. „Großforschungsanlagen“) könne eine länderübergreifende Zusammenarbeit nötig sein. Nach Auffassung der AfD seien weder eine europaweite Forschungspolitik, noch eine besondere EU-Verwaltung, noch ein dafür zuständiger EU-Kommissar nötig.

An der geplanten **Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)** zwischen der EU und den USA scheiden sich die politischen Geister. Während CDU, SPD und FDP für dieses Freihandelsabkommen votieren, lehnen es DIE LINKE und die AfD mit unterschiedlichen Begründungen ab. DIE GRÜNEN treten für ein Aussetzen der Verhandlungen und für einen kompletten Neustart auf der Basis eines transparenten Verfahrens und eines neuen Verhandlungsmandats ein. Sie wollen keinem Abkommen zustimmen, das europäische Standards und Gesetze untergräbt.

Allerdings will auch die CDU bewährte Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzniveaus der EU gesichert sehen. Ebenso setzt sich die CDU für Sozialstandards, wie etwa die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, in Handelsabkommen der Europäischen Union ein.

Die SPD betont, dass eine Handelsliberalisierung nicht zum Absinken der rechtsstaatlichen, sozialen, ökologischen oder Verbraucherschutz-Standards führen dürfe. Außerdem dürften Freihandelsabkommen durch Regelungen zum Investitionsschutz in keinem Fall Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder staatliche Regulationsmöglichkeiten aushöhlen. Zeitgleich mit den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA müssten auch substanzielle Fortschritte im Bereich des Schutzes der Privatsphäre und der Bürgerrechte erreicht werden. Ziel der SPD bei diesen und anderen Verhandlungen sei es, möglichst fortschrittliche arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen zu verankern.

Die FDP will – ihrem neoliberalen Credo folgend – offensichtlich auch mit TTIP neue Märkte erschließen und Handelshemmnisse jeder Art abbauen. Im Unterschied zur SPD ist die FDP der Auffassung, dass sämtliche EU-Freihandelsabkommen auch das Recht des Investors gewährleisten sollten, ein internationales Schiedsgericht anzurufen. Die FDP verlangt allerdings, die Verhandlungen der EU mit den USA über TTIP mit einem Datenschutzabkommen zu verbinden.

Dagegen lehnt DIE LINKE TTIP vor allem deshalb ab, weil damit den Konzernen ein Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt werden soll (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit) und ihm die sozialen, kulturellen und demokratischen Errungenschaften der EU zum Opfer fallen sollen. Sie fordert, dass die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus allen Handelsabkommen gestrichen wird und dass die Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien aus den Handelsabkommen ausgeschlossen bleiben müssen.

Die AfD weist eine Beschlussfassung über TTIP zurück, weil das gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Abkommen auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards und der Kulturpolitik ziele. Zudem dürfe ein solches Abkommen eine weitere Ausgestaltung dieser Bereiche durch die demokratisch legitimierten Gesetzgeber in den Mitgliedsstaaten und in der EU nicht ausschließen.

Europäische Landwirtschaftspolitik

Obwohl die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach wie vor den größten Posten im EU-Budget ausmacht, nimmt die Landwirtschaftspolitik in den Wahlprogrammen nur geringen Raum ein und kommt im Programm der SPD überhaupt nicht vor. CDU, FDP und AfD stellen auch hier die Markt- und Wettbewerbsorientierung in den Vordergrund, während GRÜNE und LINKE die ökologische Seite betonen.

Die CDU will den Weg der Marktorientierung der Landwirtschaft weitergehen und einen einfachen und schnellen Zugang der deutschen Agrarwirtschaft zu den Märkten in Drittstaaten erreichen. Sie will die GAP der EU praxisgerecht umsetzen. „Aber die Bauern können sich ebenso darauf verlassen, dass sie in Krisenzeiten Unterstützung erhalten.“ Die CDU will die Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten weiterhin unterstützen und regionale Kreisläufe und Wertschöpfung fördern. Deshalb tritt sie auch weiterhin für den EU-weiten Schutz regionaler Ursprungsbezeichnungen von Nahrungsmitteln ein. Die CDU will eine wettbewerbsfähige Produktion in Europa mit höchsten Tierschutz- und Umweltschutzstandards verbinden: „Wir setzen auf nachhaltige Anbauverfahren, die wir insbesondere im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen fördern wollen.“

Nach Auffassung der FDP brauche Europa eine starke, innovative und leistungsfähige Landwirtschaft. Ihr müsse ermöglicht werden, ihr Einkommen am Markt zu erwirtschaften und damit von Subventionen unabhängig zu werden. Dafür seien Wettbewerbsverzerrungen abzubauen und Verfahren praxisgerecht und einfach zu gestalten.

Die AfD verlangt eine umfassende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU mit dem Ziel, die Subventionen deutlich zu reduzieren. Die Direktzahlungen sollen mit Ausnahme von Krisenfonds und Katastrophenschutzfonds innerhalb von 10 Jahren komplett abgebaut werden. Exportsubventionen der EU sollten nach Auffassung der AfD verringert und der Außenhandelsschutz schrittweise abgebaut werden. Die AfD tritt dafür ein, dass der bäuerlichen Landwirtschaft die Möglichkeit eröffnet wird, sich ohne Produktionsbeihilfen ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Sie unterstütze Anstrengungen, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu regionalisieren, um so auch traditionellen bäuerlichen Familienbetrieben eine Zukunftsperspektive in der Landwirtschaft zu bieten.

DIE GRÜNEN streiten für gesunde Lebensmittel, eine regional verankerte Lebensmittelerzeugung, bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung. Sie treten dafür ein, den ökologischen Landbau als Leitbild für die Landwirtschaft der Zukunft weiterhin zu fördern und seine positiven Impulse für die Entwicklung ländlicher Regionen zu stärken. DIE GRÜNEN streben EU-weit Programme an, die die Kooperation zwischen Bauern, lokalen und regionalen Verarbeitern und Verbrauchern fördern. DIE GRÜNEN sind gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und gegen die Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel. Sie lehnen Patente auf Leben, Saatgut, Pflanzen und Tiere ab.

Nach dem Willen der Öko-Partei sollen die Entwicklung agrarökologischer Systeme (wie die Kreislaufwirtschaft), dezentrale Energieversorgung und regionale und lokale Kooperationspartnerschaften in die neuen EU-Programme für Innovation, Forschung und Ausbildung Eingang finden.

DIE LINKE will die Gemeinsame Agrarpolitik zu einer aktiven zukunftsorientierten Politik weiterentwickeln. Sie müsse zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme und zu verbesserter Teilhabe der Menschen innerhalb und außerhalb der EU beitragen. Die GAP und die Strukturfonds müssten so umgebaut werden, dass soziale und ökologische Standards in der ganzen EU umgesetzt werden. DIE LINKE setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die auf eine deutliche Erhöhung des Anteils regional erzeugter und verbrauchter Produkte gerichtet ist. Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnt sie ab. Sie setzt sich für eine tier-, standort- und umweltgerechte bodengebundene Nutztierhaltung in allen Landbewirtschaftungssystemen ein. Sie fordert, dass Landgrabbing weltweit verboten und geächtet wird. DIE LINKE will Futtermittelimporte in die EU reduzieren und regionale Kreisläufe in der Landwirtschaft fördern.

Europäische Arbeitsmarktpolitik

Während die europäische Arbeitsmarktpolitik in den Wahlprogrammen von SPD, LINKEN, CDU und GRÜNEN einen breiteren Raum einnimmt, spielt das Thema bei der AfD und insbesondere bei der FDP kaum eine Rolle. Während SPD, LINKE, CDU und GRÜNE die Arbeitsmarktpolitik als europäische Aufgabe begreifen, zählt nach Auffassung der AfD und der FDP die Arbeitsmarktpolitik nur zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedsstaaten.

Beschäftigungssicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen im Zentrum der Überlegungen aller Parteien zur Arbeitsmarktpolitik. Nach Auffassung der SPD müsse verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit sozial- und beschäftigungspolitischen Zielen verbinden. Die CDU tritt dafür ein, dass der im Jahr 2012 geschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung umgesetzt wird. Sie will dafür sorgen, dass die Fördermittel der EU stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen.

DIE GRÜNEN setzen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze auf ihren Green New Deal. Mit kohärenter und nachhaltiger Politik könnten neue Investitionen und viele grüne Jobs geschaffen werden, die zu guter und fairer Arbeit beitragen. DIE LINKE will mittels eines europäischen Zukunftsinvestitionsprogramms Arbeitsplätze schaffen und die Europäische Zentralbank (EZB) auf die Förderung von Beschäftigung verpflichten.

Die FDP strebt Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung an. Beides entstehe ihrer Meinung nach aber nur dort, wo Arbeitsmärkte und andere Märkte offen und nicht „überreguliert“ seien.

Insbesondere DIE LINKE, die SPD, DIE GRÜNEN und die CDU widmen sich in ihren Programmen der Frage der **Arbeitsbedingungen** in der Europäischen Union. Die SPD tritt für ein „Europa für gute Arbeit“ ein und möchte das Prinzip der guten Arbeit noch stärker in der Politik der EU verankern. Sie betont, dass der weitere Ausbau des Binnenmarktes und die Schaffung guter Marktbedingungen für wettbewerbsfähige Unternehmen und besonders einen leistungsfähigen

Mittelstand in Deutschland und Europa nicht auf dem Rücken der Menschen und vor allem nicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgen dürfe. Dort, wo wirtschaftliche Aktivitäten grenzüberschreitend seien, dürften Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen. Die SPD will den Arbeitsschutz europaweit ausbauen.

Für DIE GRÜNEN seien ausbeuterische, unwürdige oder gefährdende Produktions- und Herstellungsbedingungen nicht akzeptabel. Sie würden sich deshalb für eine transparente Kennzeichnung und die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards einsetzen. Sie treten dafür ein, dass Unternehmen verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich der Lieferketten zu dokumentieren und offenzulegen. Die Generalunternehmerhaftung, die in Deutschland im Baugewerbe die Verantwortlichkeit von Unternehmen für die Arbeitsbedingungen ihrer Subunternehmen festschreibe, wollen sie europaweit verankern und auf weitere Branchen ausdehnen. Damit möchten sie verhindern, dass sich Großauftragnehmer durch eine Auftragsvergabe an Subunternehmen ihrer sozialen Verantwortung entledigen und Arbeitnehmer/innenrechte unterlaufen. Die Öko-Partei will die Reduzierung der Höchstarbeitszeit von momentan 48 Stunden pro Woche prüfen.

DIE LINKE tritt für „gute Arbeit“ und für „gute Löhne“ ein. Europa brauche ein Leitbild für unbefristete Beschäftigung, von der armutsfest ein eigenständiges Leben gestaltet werden könne, die nicht krank mache und die volle gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Kultur, ehrenamtliches Engagement und Muße ermögliche. DIE LINKE tritt für Arbeitszeitverkürzung ein und will eine allgemeine verbindliche Höchstarbeitszeit von zunächst 40 Stunden in der Woche verankern. DIE LINKE plädiert für eine effektive Koordinierung der Lohnpolitik, die Lohndumping verhindert. Auch die CDU erklärt: „Wir wollen eine Europäische Union, in der Arbeitnehmer europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitschonende Arbeitsbedingungen vorfinden.“

SPD, GRÜNE, LINKE und CDU treten für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, auch für Frauen und Männer“ ein. Das Entsenderecht müsse so weiterentwickelt werden, dass Arbeitnehmer wirksam vor Lohn- und Sozialdumping geschützt werden. FDP und AfD äußern sich nicht zu dieser Frage.

Während die AfD (ebenso wie die FDP) die **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** lediglich als „nationale Aufgabe der Krisenstaaten“ sieht, halten SPD, LINKE, GRÜNE und CDU dies für eine vorrangige europäische Aufgabe und erblicken in der „Europäischen Jugendgarantie“ ein geeignetes Instrument dafür. Diese „Jugendgarantie“ sieht vor, dass jeder arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Angebot für einen Job, eine Ausbildung, eine Weiter- bzw. Fortbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum erhält.

Die CDU plädiert dafür, die EU-Jugend-Offensive („Europäische Jugendgarantie“) als Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Krisenländern fortzuführen und auszubauen. DIE GRÜNEN fordern, die „Jugendgarantie“ finanziell aufzustocken. DIE LINKE verlangt, dass die Jugenderwerbslosigkeit durch Sonderprogramme bekämpft und drastisch reduziert werden müsse, und plädiert für eine umfassende „Jugendgarantie“. Es müsse ein Recht auf Ausbildung und Übernahme eingeführt werden.

Nach Auffassung der SPD müsse der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit oberste Priorität europäischer Politik sein. Die dafür zur Verfügung stehenden europäischen Mittel müssten in einem Jugendbeschäftigungs-Fonds gebündelt, durch Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ergänzt und nötigenfalls deutlich aufgestockt werden. Die SPD will einen Rettungsschirm für Europas Jugend. Ziel müsse es sein, in Europa die Jugendarbeitslosigkeit in fünf Jahren um mindestens 30 Prozent zu verringern. In diesem Kontext müsse die „Europäische Jugendgarantie“ national und europäisch rasch umgesetzt werden. Dazu seien verbindliche Etappenziele und eine ausreichende Finanzausstattung notwendig. Die SPD setzt sich perspektivisch dafür ein, dass die „Jugendgarantie“ ausgeweitet wird. Die Partei plädiert auch für einen Qualitätsrahmen für Praktika, der Standards für eine faire Entlohnung und eine gute fachliche Qualität der Praktika festlegen müsse.

Die Frage der **Arbeitnehmerrechte** spielt vor allem in den Programmen der SPD und der LINKEN, aber auch in dem der CDU eine wichtige Rolle. Die SPD will die Standards für Mitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsform und bei transnationalen Unternehmensaktivitäten weiter ausbauen. Die EU müsse die Tarifautonomie und die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und weiter stärken. Die Sozialpartner-Vereinbarungen im Sozialen Dialog müssten von den EU-Organen respektiert werden und auf Wunsch der Sozialpartner auch rechtliche Verbindlichkeit erlangen können.

DIE LINKE will Gewerkschaften und Tarifverträge europaweit stärken. Sie lehnt die von der EU Kommission geplante „Verordnung für den Zugang zum Markt für Hafendienste (Port Package III)“ und die darin enthaltene Einschränkung des Streikrechts grundsätzlich ab. DIE GRÜNEN plädieren für eine EU-weite Stärkung der Arbeitnehmer/innenrechte wie die Stärkung der Mitarbeiter/innen-Mitbestimmung. Sie unterstützen eine stärkere EU-weite Koordinierung von Tarifverhandlungen. Gleichzeitig setzen sie sich für eine Stärkung der Europäischen Betriebsräte ein.

Die CDU erklärt: „Tarifautonomie und Mitbestimmung sind für uns um ihrer selbst willen ein hohes Gut, zahlen sich aber auch ökonomisch aus und sind ein wichtiger Standortvorteil.“ Ziel sei es, die Sozialpartnerschaft zu einem Erfolgsmodell in der gesamten Europäischen Union zu entwickeln. Auch die AfD erklärt, sie stehe zu der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie. Nur die FDP äußert sich nicht zu dieser Frage.

Während sich LINKE, SPD und GRÜNE für **Mindestlöhne** und für die **Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse** engagieren, lehnt die AfD die Einführung von gesetzlich festgelegten, flächendeckenden Mindestlöhnen ab. Stattdessen sollte der Staat die soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen, um eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener zu gewährleisten, die ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland ermöglicht. Die FDP äußert sich nicht zur Mindestlohn-Frage. Die CDU formuliert (ohne den Begriff „Mindestlohn“ zu verwenden) lediglich vage, sie setze sich dafür ein, dass in allen europäischen Ländern Löhne gezahlt werden, von denen die Menschen auch leben können.

Die SPD engagiert sich für einen Europäischen Pakt für Mindestlöhne, der Korridore für existenzsichernde Mindestlöhne, gemessen am jeweiligen Durchschnittseinkommen in allen EU-Mitgliedsstaaten, festlegt. Auch DIE GRÜNEN

treten für Mindestlöhne in jedem EU-Mitgliedsstaat ein, was zwar keinen einheitlichen Mindestlohn in der ganzen EU bedeute, aber einen garantierten Mindestlohn in allen EU-Staaten anhand von Kriterien, auf die sich innerhalb der EU verständigt werden müsse. DIE LINKE tritt für EU-weite armutsfeste Mindestlöhne und Mindesteinkommen ein. Kurzfristig sei eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns erforderlich.

DIE LINKE bekämpft prekäre Arbeit und will europaweit unsichere und befristete Jobs in sozialversicherungspflichtige, unbefristete Arbeitsverhältnisse umwandeln. Sie setzt sich für ein Verbot der Leiharbeit ein. Sachgrundlose Befristungen will sie ausschließen. Die SPD will prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen. „Gute Arbeit in ganz Europa muss unser Ziel sein, um der Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, insbesondere von Wanderarbeitern bzw. Arbeitsmigranten ein Ende zu setzen.“ Die SPD will den massiv angewachsenen Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen wirksam bekämpfen.

Die AfD schreibt, ausländische Arbeitnehmer seien in den Mitgliedsstaaten genauso zu entlohnen und würden gleichen gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zulasten ausländischer und deutscher Arbeitnehmer sei zu unterbinden.

4. Europäische Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik

Europäische Finanzpolitik

In der europäischen Finanzpolitik sind sich die Parteien zumindest darin einig, dass auf dem Finanzmarkt Risiko und Haftung wieder zusammengeführt werden müssen. Ansonsten gehen die Positionen zum Teil weit auseinander. Während DIE GRÜNEN eine **gemeinsame europäische Finanzpolitik** fordern, wird diese Idee von der CDU, der SPD und den LINKEN nicht thematisiert und von FDP und AfD zurückgewiesen. Die AfD besteht ausdrücklich auf der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre jeweilige Fiskalpolitik und will, dass die Finanzpolitik in der Gestaltungshoheit der Mitgliedsstaaten verbleibt. Nach Auffassung der FDP stabilisiere die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten für ihre Finanzpolitik unter dem Dach der gemeinsamen Währung das Gesamtsystem. Unterschiedliche Finanzierungsspielräume und Zinssätze seien das Preissignal für die unterschiedliche Einschätzung der Bonität und Wettbewerbsfähigkeit der Institutionen und Staaten, die Anleihen auf dem Markt platzieren. Dieses Preissignal dürfe nicht künstlich eingeebnet werden.

Während sich CDU, SPD, LINKE und GRÜNE für eine strenge und wirksame **Regulierung der Finanzmärkte** aussprechen, spielt diese Frage im Programm der FDP kaum eine Rolle. SPD und GRÜNE fordern namentlich eine deutlichere Einschränkung riskanter Geschäfte und eine effektive Eindämmung des Hochfrequenzhandels. CDU und SPD wollen Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt. DIE LINKE fordert, Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften aufzulösen bzw. die Verbindung zu Schattenbanken im Ausland zu kappen.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Europa die treibende Kraft für eine neue Ordnung der Finanzmärkte wird, die diese auf ihre dienende Funktion gegenüber der

Gesellschaft und der realen Wirtschaft zurückführt. Die Partei betont: „Wir müssen den Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten wieder zurückgewinnen.“ Die vereinbarten strengeren Eigenkapitalvorschriften für Banken müssten noch weiter ergänzt werden. Akteure des sogenannten Schattenbanksektors, vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssten endlich so reguliert werden, dass für sie die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Derivate müssten künftig auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden.

Hinsichtlich der **Gestaltung des Bankensystems** verfechten die Parteien unterschiedliche Vorstellungen. Die CDU will am Universalbankensystem festhalten. Die SPD fordert eine striktere Trennung von Investment- und Geschäftsbanking. DIE GRÜNEN treten für ein Trennbankensystem mit einer klaren Trennung von Investment- und Geschäftsbanken, für eine Schuldenbremse und für eine Größenbremse für Banken ein. Sie fordern eine harte Eigenkapitalquote für Banken von 10 Prozent der risikoungewichteten Bilanzsumme als langfristiger Zielmarke.

DIE LINKE fordert, das Bankensystem müsse saniert und dem Gemeinwohl verpflichtet werden. DIE LINKE stehe für eine grundlegende Regulierung des europäischen Banken- und Finanzsektors. Die geltenden Eigenkapitalquoten für Banken (Basel III) müssten deutlich erhöht werden. Jede Bank in Europa müsse auch abgewickelt werden können. Private Großbanken sollen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführt werden. Das Investmentbanking sei als Geschäftsfeld abzuwickeln.

Die AfD schreibt: „Banken sollten nicht länger auf Grund ihrer Größe ihre angebliche Systemrelevanz zur Erpressung von Regierungen und Steuerzahlern verwenden können.“ Deshalb fordere die AfD die Aufspaltung der Großbanken in kleinere Einheiten nach schwedischem Vorbild. Die AfD setzt sich zudem für ein bilanzielles Trennbankensystem ein. Die AfD plädiert für eine scharfe Bankenaufsicht und -regulierung. Banken, Hedgefonds und „Schattenbanken“ hätten künftig eine verpflichtende Eigenkapitalquote von mindestens 25 Prozent sicherzustellen. Bei steigender Risikoklasse sei die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Es müsse gewährleistet sein, dass der Zusammenbruch von Banken, die ihr Eigenkapital riskiert und verloren haben, das Finanzsystem nicht gefährden kann.

Bezüglich des **Abwicklungsmechanismus für marode Banken** vertreten SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und AfD im Kern ähnliche Standpunkte, allerdings mit unterschiedlicher Konsequenz. Die CDU plädiert für einen einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus für Banken. Zuerst müssten Manager, Bank Eigentümer und große Anleger in angemessenem Umfang herangezogen werden. Reiche das nicht aus, springe ein Abwicklungsfonds ein, in den die Banken zuvor selbst eingezahlt haben. Auch nach Auffassung der GRÜNEN müssten Banken ihre Verluste selber tragen, wozu gehöre, dass Aktionäre, Gläubiger und Einlagen über 100.000 Euro (in dieser Reihenfolge) als erstes herangezogen werden.

Die SPD unterstreicht, wer durch exzessive Spekulation und Profitgier die Krise verursacht habe, müsse auch für ihre Kosten aufkommen. Die SPD will, dass künftig in erster Linie die Banken selbst für ihre Risiken haften – und nicht die Steuerzahler. Im Falle von Bankenpleiten müsse der Teufelskreis zwischen Bankenschulden und Staatsschulden wirksam durchbrochen werden. Nie wieder dürfe zugelassen werden, dass Banken und andere Akteure auf den Finanzmärkten ganze Volkswirtschaften und Staaten mit in den Strudel ziehen können.

DIE LINKE fordert in diesem Sinne eine Bankenabgabe, um den europäischen Bankensektor gezielt an den Krisenkosten zu beteiligen. DIE LINKE verlangt im Pleitefall eine kontrollierte Insolvenz maroder (Groß-)Banken. In diesem Verfahren müssten zunächst die Eigentümer und dann die Gläubiger für die Verluste der Bank herangezogen werden. Die Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparer sowie gewerbliche Kredite seien dabei öffentlich abzusichern.

Nach Auffassung der AfD müssten systemrelevante Banken im Fall einer drohenden Insolvenz zunächst durch Verzehr des Eigenkapitals und dann durch Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital rekapitalisiert werden. Die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände seien davon unter allen Umständen auszunehmen. Dagegen seien Fremdkapitalgeber, die für das eingegangene Kreditrisiko höhere Zinsen erhalten haben, nicht zu schützen.

Im Hinblick auf die **Rolle der Europäischen Zentralbank** gehen die Positionen der Parteien auseinander. Während CDU, SPD, FDP und AfD die EZB vor allem auf die Verantwortung für die Geldwertstabilität reduzieren wollen, dürfe dagegen nach Auffassung der LINKEN die EZB nicht nur für Preisstabilität zuständig sein, sondern müsse gleichrangig auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet werden.

Die CDU pocht auf die Unabhängigkeit der EZB. „Bei der Europäischen Zentralbank werden wir für die großen, systemrelevanten Banken eine zentrale europäische Aufsicht errichten. Dabei muss es gelingen, die EZB-Aufsichts- und Kontrollfunktionen für die Bankenunion unabhängig vom geldpolitischen Auftrag der EZB auszugestalten.“ Die FDP betont hingegen, die geld- und aufsichtsrechtlichen Kompetenzen dürften nicht vermischt werden. Die vertraglich fixierte Verantwortung der EZB für die Geldwertstabilität müsse auch in Zukunft vorrangiges Ziel bleiben.

Während DIE GRÜNEN das Programm Outright Monetary Transactions (OMT) der EZB für einen unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen verteidigen, fordert die AfD, dieses Programm sofort zu beenden. Der EZB sei der Kauf von Staatsanleihen generell zu untersagen. Die Geldpolitik müsse wieder allein der Preisstabilität dienen und dürfe nicht länger zur Staatsfinanzierung missbraucht werden. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sei aufzulösen. In diesem Sinne verlangt die AfD die Rückkehr zur Unabhängigkeit der EZB. Das Stimmgewicht in der EZB müsse zudem dem Kapitalschlüssel (Deutschland: 27 Prozent) entsprechen. Gleichzeitig sei sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75 Prozent getroffen werden können.

Während CDU, SPD, FDP und GRÜNE die **Bankenunion** befürworten, lehnt DIE LINKE diese Institution in ihrer beschlossenen Form ab. Hingegen wendet sich die AfD generell gegen eine solche Union. Statt einer europäischen Bankenunion fordert die AfD die Re-Nationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors. Die Bankenaufsicht sollte in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegen.

Für die CDU ist hingegen die Errichtung der Bankenunion das Herzstück der europäischen Finanzmarktregulierung. „Wir haben gesehen, wie Staaten mit der Bewältigung von Banken Krisen so überfordert waren, dass sie am Ende selbst in Schwierigkeiten geraten sind. Diesen Teufelskreis aus Schieflagen von Staaten und Banken wollen wir durchbrechen. Dabei handeln wir auch im Interesse der

Steuerzahler, damit sie nicht mehr für die Rettung von Banken herangezogen werden.“

Die SPD plädiert für eine handlungsfähige Banken-Union, die sich aus der gemeinsamen Aufsicht, einem Mechanismus zur Bankenabwicklung und einem System der Einlagensicherung zusammensetzt. Insbesondere sei sicherzustellen, dass Eigentümer und Gläubiger durch eine klare Haftungskaskade konsequent vorrangig herangezogen werden.

DIE GRÜNEN streiten für eine Europäische Bankenunion als notwendige Ergänzung zu einer gemeinsamen Währung, um endlich den Teufelskreis von Banken- und Schuldenkrise zu durchbrechen und dafür zu sorgen, dass „kranke“ Banken identifiziert und abgewickelt werden.

Die FDP plädiert für eine Bankenunion, für eine gemeinsame Bankenaufsicht und für einen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus für existenzgefährdete Banken. Eine notwendige Re-Kapitalisierung von Banken dürfe allerdings nicht direkt aus dem ESM finanziert werden, sondern müsse durch den jeweiligen Staat erfolgen. „Eine einheitliche Einlagensicherung lehnen wir ab.“

DIE LINKE kritisiert, dass die Bankenaufsicht ab November 2014 ohne demokratische Kontrolle in der Verantwortung der EZB liegt. Als Kreditgeber der Banken befinde sie sich mit der Aufsicht der Banken in einem permanenten Interessenskonflikt. Der geplante einheitliche Mechanismus zur Abwicklung von Banken (SRM) entlasse Eigentümer und Gläubiger der Pleitebanken aus ihrer Verantwortung und sehe keine Vergesellschaftung und Verkleinerung von systemrelevanten Großbanken vor. Der angestrebte europäische Abwicklungsfonds, der sich aus Abgaben der Banken finanzieren soll, sei viel zu klein, um künftige Banken Krisen bewältigen zu können.

Unterschiedliche Vorstellungen der Parteien gibt es auch zur **Rolle von Rating-Agenturen**. Die SPD strebt striktere Regeln für Rating-Agenturen an. DIE GRÜNEN plädieren für die Gründung einer von den Banken unabhängigen europäischen Rating-Stiftung. DIE LINKE will gegen das Monopol der privaten Rating-Agenturen eine öffentliche europäische Rating-Agentur schaffen. Ratings von souveränen Staaten und Gebietskörperschaften lehnt sie ab. Die CDU hält sich hingegen zugute, dass Rating-Agenturen bereits schärfer überwacht werden. FDP und AfD gehen auf diese Frage nicht ein.

Während Union, FDP, SPD, GRÜNE und LINKE an der **gemeinsamen Währung** festhalten, strebt die AfD einen Ausstieg aus dem **Euro** an. Ähnlich wie SPD und FDP argumentiert die CDU: „Der Euro stärkt die Wirtschaft und macht Deutschland international wettbewerbsfähiger.“ Der Euro sei deshalb für eine gute Zukunft Europas unverzichtbar. Eine Politik, die sich vom Euro abwende und eine Rückkehr zu nationalen Währungen oder neue Experimente fordere, sei nicht nur rückwärtsgewandt, sondern ökonomisch und politisch völlig unverantwortlich.

DIE LINKE betont, auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthalte, trete sie nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand sei, dass der Kurs der Kürzungspolitik (Austerität) beendet werde. DIE GRÜNEN, die für den Euro streiten, unterstreichen zugleich, dass ohne eine abgestimmte Wirtschafts- und Haushaltspolitik der politische Rahmen der gemeinsamen Währung unvollendet bleibe: „Eine gemeinsame Währung ist mit wirtschafts- und haushaltspolitischer Kleinstaaterei schwer zu vereinbaren.“

Dagegen plädiert die AfD für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Euro und fordert eine Auflösung des Euro-Währungsgebietes. Stattdessen strebt sie die Rückkehr zur Währungszusammenarbeit wie im früheren EWS an. In den Augen der AfD gefährde der Euro immer stärker die Erfolge der europäischen Einigung: „Die Einheitswährung sät Zwietracht in der Eurozone, weil Südeuropa verarmt und die Gelder anderer Länder im Norden beansprucht.“

Aber auch die FDP erwärmt sich für einen verwandten Gedanken: „Wenn Staaten aus der Euro-Zone austreten wollen, soll das künftig möglich sein, ohne dass sie damit zugleich ihre Mitgliedschaft in der EU verlieren. Wollen sie in die Eurozone zurückkehren, müssen sie die zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr geltenden Bedingungen erfüllen.“

Europäische Haushaltspolitik

In der europäischen Haushaltspolitik gehen die Positionen der Parteien zum Teil weit auseinander. Umstritten ist insbesondere der politische **Kurs**, der **aus der** wesentlich von der Finanzmarktkrise verursachten **Staatsverschuldung** herausführen soll. Während CDU und FDP an der von ihnen eingeschlagenen und anderen EU-Mitgliedsstaaten diktierten *Austeritätspolitik* festhalten, sind SPD, GRÜNE und LINKE der Auffassung, dass eine solche Politik die Lage in den europäischen Krisenstaaten nur noch verschlimmert und zulasten der arbeitenden Bevölkerung und der sozial Schwachen geht. Sparpolitik allein, erklärt die SPD, sei kein Zukunftskonzept, weder ökonomisch, fiskalisch, sozial noch politisch. Diese Politik habe die Probleme in den Krisenländern teils zusätzlich verschärft. Europa spalte sich. Die Schere zwischen arm und reich in Europa reiße weiter auf. Armut sei für zu viele Menschen Realität.

Die SPD warnt, Europa dürfe sich in der ökonomischen Krise nicht vor falsche Alternativen stellen lassen. Es gehe um Wachstum durch Zukunftsinvestitionen und eine *konjunkturorientierte Haushalts- und Konsolidierungspolitik*. Beides müsse geleistet werden. Eine konsequente Konsolidierungspolitik für solide Finanzen und Reformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit bleibe wichtig. Dafür seien weitergehende Anstrengungen aller Mitgliedstaaten notwendig, die kontrolliert und eingehalten werden müssten. Sie dürften allerdings die Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern. Eine konsequente Konsolidierungspolitik müsse durch eine Wachstumspolitik ergänzt werden, die auf Investitionen in wirtschaftliche Innovation, Beschäftigung, Bildung und Ausbildung setze.

DIE LINKE fordert einen Kurswechsel in der Eurokrisenpolitik: Länder, die Mittel erhalten, müssten hohe Vermögen und Spitzeneinkommen besteuern bzw. mit Abgaben belegen, um die Reichen an der Finanzierung der Krise angemessen zu beteiligen. DIE LINKE verweist darauf, dass erst durch die Milliardenzahlungen, mit denen die Banken in der Banken- und Finanzkrise gerettet werden sollten, die Staatsschulden in vielen EU-Staaten in die Höhe getrieben wurden. Sie fordert, dass die Krisengewinnler und Krisenverursacher zur Rechenschaft zu ziehen seien. Sie lehnt den geplanten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ ab.

Demgegenüber besteht die FDP darauf, dass es Hilfe für Staaten nur bei entschlossenen Reformen geben könne. Die Hilfen müssten zeitlich und der Höhe nach begrenzt und dürften nur gegen strikte Auflagen gewährt werden. „Ohne Sanierung der öffentlichen Finanzen und Strukturreformen zur Verbesserung der

Wettbewerbsfähigkeit können die Mitgliedstaaten ihre Schuldentragfähigkeit nicht zurückgewinnen.“

Auch die CDU will Hilfen für Krisenländer nur im Gegenzug zu strikten Auflagen gewähren. Dazu gehöre die Pflicht, Schuldenberge abzubauen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen zu steigern. Die Krise sei für die betroffenen Länder eine Chance, überfällige wirtschafts- und sozialpolitische Reformen anzugehen. Die finanz- und wirtschaftspolitischen Auflagen seien notwendig, um die Krisenländer auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen. Die Erfolgsbeispiele Irland und Spanien würden zeigen, „dass der von uns eingeschlagene Weg der richtige Weg aus der Krise ist“. Allerdings bedürfe es auch Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Technologie. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Fehlentwicklungen der Vorkrisenjahre müssten grundlegend beseitigt werden. Das erfordere nicht nur Reformen in den Krisenstaaten, sondern auch an der EU und der Eurozone selbst.

Die CDU tritt in diesem Kontext generell für solide Staatshaushalte ein. Dafür sei jeder EU-Mitgliedstaat selbst verantwortlich. Die Maastricht-Kriterien seien unverändert gültig und notwendig. „Damit der Euro stark bleibt, treten wir für den weiteren Abbau der Neuverschuldung, ausgeglichene Haushalte in allen EU-Mitgliedstaaten sowie die strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen ein.“ Die hohen Staatsschulden der Euroländer müssten weiter zurückgeführt werden. „Denn nur mit soliden Haushalten schaffen wir nachhaltiges Wachstum in allen Mitgliedstaaten der Währungsunion.“ Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstoße, müsse mit Sanktionen rechnen. „Die Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur Kontrolle der nationalen Haushalte wollen wir weiter stärken.“ Die Kommission müsse Haushalte, die nicht den EU-Schuldenkriterien entsprechen, zurückweisen können.

Gänzlich anders argumentiert die AfD. Da die Reformen im Süden der Eurozone bisher nur ungenügende Resultate erzielt hätten, fordert diese Partei die Rückkehr zu einer „Stabilitätsunion“, „in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist“.

Hinsichtlich einer **Haftungsgemeinschaft für Staatenschulden** beziehen CDU, FDP und AfD auf der einen und LINKE und GRÜNE (sowie SPD) auf der anderen Seite konträre Positionen. Während DIE GRÜNEN und DIE LINKE die Ausgabe von **Eurobonds** für sinnvoll halten und DIE GRÜNEN auch für einen Europäischen Schuldentilgungspakt, der auf einem Schuldentilgungsfonds basiert, eintreten, wenden sich CDU, FDP und AfD ausdrücklich gegen eine solche „Vergemeinschaftung“ von Schulden. Die CDU erklärt, solange jeder Staat im Rahmen seiner Haushaltspolitik eigenverantwortlich über Einnahmen und Ausgaben entscheide, sei eine Haftungsgemeinschaft für Staatenschulden unverantwortlich: „Eine Vergemeinschaftung der Schulden wird es mit der CDU nicht geben. Eurobonds, Schuldentilgungsfonds oder einen steuerfinanzierten Bankenabwicklungsfonds, wie sie andere fordern, lehnen wir deshalb ab.“ Gemeinsame Haftung setze gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik voraus. „Davon sind wir noch weit entfernt.“

Die FDP plädiert für den Ausschluss einer Verpflichtung zur gegenseitigen Budgethilfe der Euro-Staaten (No-Bail-Out-Klausel). „Kein Land muss für die Schulden eines anderen Landes haften.“ Jede Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haftung – egal welcher Spielart – müsse ausgeschlossen bleiben. Die FDP lehnt eine Staatsfinanzierung aus der Notenpresse der EZB ab.

Und auch die AfD wendet sich entschieden gegen jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden – „egal ob in Form von Eurobonds oder gemeinschaftlich finanzierten Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion“.

DIE LINKE verlangt einen Schuldenaudit (Überprüfung der Legitimität des Schuldenbestands) und einen substanziellen Schuldenschnitt für illegitime Schulden, um Banken und andere private Gläubiger an der Finanzierung zu beteiligen. DIE LINKE will den Schuldenstand bei überschuldeten Staaten sozial verträglich durch eine kombinierte Anwendung von Schuldenschnitt und Millionärsabgabe auf Vermögen senken. Sie verlangt, die öffentliche Kreditaufnahme müsse von den Finanzmärkten befreit werden, indem die EZB die Staaten in der Euro-Zone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren darf. Als einen ersten Schritt in diese Richtung fordert DIE LINKE die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen.

Die SPD äußert sich in ihrem Europawahlprogramm nicht zu dieser Frage, hatte aber in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2013 argumentiert, dass schon jetzt durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden Euro hafte. Nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden seien, dürfe daher das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben.

Die einzelnen Parteien setzen unterschiedliche **Prioritäten im EU-Haushalt**. Während die FDP nicht speziell darauf eingeht, müsse nach Auffassung der CDU bei der Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2016 der Schwerpunkt des EU-Haushaltes noch stärker auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation gesetzt werden. Automatisch steigende Ausgaben dürfe es auch auf europäischer Ebene nicht geben. Die CDU will dafür sorgen, dass die Fördermittel der Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen. Das gelte ganz besonders für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Krisenländern.

Die SPD will sich bei der Revision des EU-Finanzrahmens 2016 dafür stark machen, dass weitere Mittel für Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Europa frei werden. Nicht genutzte Mittel aus dem EU-Haushalt müssten in den Folgejahren zur Verfügung stehen und gezielt für Zukunftsinvestitionen verwendet werden. „Mittel aus der europäischen Finanztransaktionssteuer sollten auch in europäische Investitionsprojekte fließen.“

DIE GRÜNEN verfechten die Reform der Europäischen Kohäsionspolitik, die diese Politik auf die großen Zukunftsthemen der Strategie Europa 2020 ausgerichtet habe: Die Förderung von Beschäftigung und Innovation, Klimaschutz, ressourceneffizientes Wirtschaften, Armutsbekämpfung, Antidiskriminierung und soziale Inklusion. Auch die GAP als einer der größten Ausgabeposten im EU-Haushalt müsse neu ausgerichtet werden und dürfe von ihrem Beitrag zur Finanzierung der prioritären Zukunftsausgaben der EU nicht ausgenommen werden. DIE GRÜNEN wollen statt der Direktzahlungen auf der Grundlage von Grundbesitz alle Agrarzahungen an die Erbringung ökologischer und sozialer Leistungen knüpfen wie Umwelt- und Tierschutz, Bodenfruchtbarkeit, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen oder die Stärkung regionaler Wertschöpfung. Sie plädieren für einen zukunftsfähigen und starken EU-Haushalt und für eine abgestimmte Haushaltspolitik.

DIE LINKE plädiert für einen „gerechten und solidarischen“ EU-Haushalt. Nach Auffassung der Partei sollte der EU-Haushalt vom Parlament alleine beschlossen werden und bis zu 3 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens (derzeit: 1,23 Prozent) der EU betragen können, um das Parlament aufzuwerten und soziale Politik auf EU-Ebene beschließen zu können. Statt komplexer Rabattsysteme für reiche EU-Mitgliedsstaaten müsse die Mittelverteilung nach der Notwendigkeit und den realen Erfordernissen der Regionen erfolgen. Nationale Egoismen dürften nicht den Haushalt diktieren.

Die Kürzungen bei der Regional- und Strukturpolitik im EU-Haushalt müssten zurückgenommen werden. Gerade in Zeiten der Krise müssten die Mittel der Regional- und Strukturpolitik aufgestockt werden und vordringlich den Ländern zu Gute kommen, die es am dringendsten benötigen. Nach Auffassung der LINKEN würden besonders die neu hinzugekommenen Länder Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur benötigen. Weiter müssten die besonders von der Finanzkrise betroffenen Länder im Süden vorrangig gefördert werden.

Die EU-Haushaltspolitik müsse nach Ansicht der LINKEN solidarisch und berechenbar gestaltet sein und ermöglichen, dass die Infrastruktur gefördert und Beschäftigung gesichert werde. Es dürften keine Haushaltsmittel für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung gestellt werden. Eine wirksame Jugendförderung, die auch die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, müsse den Vorrang haben. Energieeffizienz und eine Energiepolitik, die auf erneuerbare Energien setzt, müssten gefördert werden.

Die AfD setzt sich für eine massive Reduzierung der Aufgaben und Ausgaben der EU ein (u.a. durch Beendigung des doppelten Parlamentssitzes in Brüssel und in Straßburg, durch Reduzierung der Anzahl der EU-Kommissare auf die Bereiche der Kernkompetenzen und durch Halbierung der Anzahl der EU-Beamten von derzeit 50.000 innerhalb von sieben Jahren). Sie fordert ein Vetorecht der Nettozahler, um weitere Entscheidungen gegen den Willen belasteter Staaten auszuschließen.

Während DIE LINKE und DIE GRÜNEN (sowie indirekt die SPD) für stärkere **Eigeneinnahmen der EU** plädieren, lehnt die FDP eine solche Idee ab. Als neue Eigenmittel könnten nach den Vorstellungen der GRÜNEN sowohl die Finanztransaktionssteuer als auch eine Abgabe auf Kerosin oder Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel dienen. Dies würde nach ihrer Auffassung nicht nur den EU-Haushalt stärken, sondern auch wichtige Lenkungseffekte erzielen. Dagegen wendet sich die FDP gegen die Bestrebungen der Europäischen Kommission, eigene Steuern zu erheben, und verlangt, am Verschuldungsverbot der EU festzuhalten. CDU und AfD äußern sich nicht zu dieser Frage.

Europäische Steuerpolitik

In der Steuerpolitik sind sich die Parteien zumindest darin weitgehend einig, den **Kampf gegen Steuerbetrug**, gegen legale oder illegale Steuerflucht und gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien entschlossen zu führen, Steuerschlupflöcher zu schließen und Steueroasen trockenulegen. Die CDU will dazu den automatisierten steuerlichen Informationsaustausch ohne Wenn und Aber zwischen allen europäischen Staaten und darüber hinaus international etablieren. Nach Meinung der SPD sollten Aufsichtsbehörden Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken oder diesen erleichtern, die Banklizenz entziehen können.

Lediglich die AfD äußert sich nicht zu dieser Frage. Sie kapriziert sich vielmehr populistisch darauf, die steuerlichen Vergünstigungen für EU-Beamte, EP-Abgeordnete, Richter und andere EU-Amtsträger zu reduzieren.

Während DIE GRÜNEN und DIE LINKE für eine **gemeinsame europäische Steuerpolitik** plädieren und die SPD immerhin für die Einführung eines Mindeststeuersatzes eintritt, lehnen FDP und AfD eine europaweite Harmonisierung von Steuersätzen generell ab. Für die FDP ist der Steuerwettbewerb ein Ausgleich für die fehlende Möglichkeit der Abwertung von Währungen.

Die CDU will sich zumindest dafür einsetzen, gemeinsam Gestaltungsmöglichkeiten im Steuerrecht zu reduzieren. „Wir wollen vor allem unterbinden, dass sich internationale Unternehmen Steuervorteile verschaffen, indem sie die europaweite Niederlassungsfreiheit und die unterschiedliche Besteuerung in Europa geschickt ausnutzen.“ Die CDU will europäische Regelungen zur Verbesserung und Vereinfachung des Steuerrechts vorantreiben, insbesondere durch eine europaweite Gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage.

SPD, GRÜNE und LINKE wollen dem Wettlauf zwischen den Mitgliedsstaaten um die niedrigste Unternehmenssteuer durch die Einführung eines Mindeststeuersatzes ein Ende setzen. Die SPD plädiert dabei wie DIE GRÜNEN für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer. Es müsse der Grundsatz gelten, dass Unternehmen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. DIE LINKE will in der EU die Steuerpflicht der Bürgerinnen und Bürger an die Staatsbürgerschaft binden.

Während sich die CDU, die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE für die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer** aussprechen, verwirft die FDP eine solche Steuer. Die AfD äußert sich nicht zu ihr. Nach Auffassung der GRÜNEN müsse diese Steuer alle Arten von Finanztransaktionen umfassen. Die SPD verlangt, dass die Finanztransaktionssteuer zügig mit niedrigem Steuersatz und breiter Bemessungsgrundlage umgesetzt wird.

Über die genannten steuerpolitischen Vorschläge hinaus wollen DIE GRÜNEN nicht länger den Verkehr auf der Straße und in der Luft im Vergleich zur Schiene bevorteilen und daher die Befreiung der Fluggesellschaften von der Kerosinsteuer und die Befreiung auf Auslandsflügen auch von der Mehrwertsteuer abschaffen. DIE LINKE setzt sich für eine EU-weite Vermögensabgabe ab einer Million Euro ein, um die durch Bankenrettung und Finanzkrise entstandenen Staatsschulden zurückzuführen und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu verbessern. Die AfD regt an, dass in den Krisenstaaten die finanziellen Folgen der Misswirtschaft zunächst durch eine Solidaritätsabgabe der Vermögenden im eigenen Land reduziert werden sollten.

5. Europäische Sozialpolitik

Die Parteien beziehen hinsichtlich der europäischen Sozialpolitik konträre Positionen. Im Unterschied zu AfD, FDP und CDU thematisieren SPD, GRÜNE und LINKE ein „soziales Europa“ als Gegenpol zu wirtschaftsliberalen Positionen. SPD, GRÜNE und LINKE plädieren für einen europäischen Sozialpakt bzw. für eine europäische Sozialunion, die der Wirtschafts- und Währungsunion zumindest gleichrangig ist und die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen

in der EU verbessern soll. Dagegen sehen CDU, FDP und AfD die Sozialpolitik prinzipiell allein als nationale Aufgabe. So lehnt die AfD eine europäische Sozialunion und eine europäische Arbeitslosenversicherung mit Nachdruck ab.

Die SPD will eine europäische Sozialunion aufbauen. Sie tritt dafür ein, dass soziale Grundrechte nicht der Marktfreiheit im Binnenmarkt untergeordnet werden. Sie müssten zumindest gleichrangig sein. Verstärkte wirtschaftspolitische Koordination müsse Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit sozial- und beschäftigungspolitischen Zielen verbinden. Die SPD plädiert für einen sozialen Stabilitätspakt und möchte gemeinsame europäische Ziele für nationale Sozial- und Bildungsausgaben (gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Staaten) vereinbaren.

Die SPD will Sozialdumping bekämpfen. Sie tritt dafür ein, dass die EU die Sozialstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten respektiert und sie nicht rein marktwirtschaftlichen Interessen unterwirft oder im Zuge der Krisenpolitik massiv aushöhlt. „Wer wirtschaftliche Prosperität und soziale Teilhabe gegeneinander ausspielt, verkennt, dass beide keine Gegensätze sind, sondern sich bedingen und stärken.“ Die SPD will soziale Mindeststandards europäisch vereinbaren, um europaweit ein möglichst hohes soziales Schutzniveau zu erreichen.

DIE GRÜNEN konstatieren, seit Gründung der EU gebe es eine Schieflage zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten. Sie plädieren für einen (europäischen) Sozialpakt, für die Stärkung der sozialen Grundrechte in Europa und für gemeinsame europäische Regelungen und – wie DIE LINKE – für eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Nach dem Willen der GRÜNEN sollen soziale und arbeitsrechtliche Standards in der öffentlichen Daseinsvorsorge, einschließlich der sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen und gesundheitlichen Dienstleistungen, sowie bei der Wohnraumversorgung, Priorität gegenüber dem europäischen Wettbewerbsrecht haben.

DIE GRÜNEN wollen sich gegen eine Politik des einseitigen Sparens einsetzen, die Sozialabbau und Armut befördere und die die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas in skandalöse Höhen getrieben habe. Notwendige Reformen müssten sozial ausgewogen gestaltet werden und dürften nicht dazu führen, dass die sozialen Sicherungssysteme zusammenbrechen, Wasserversorgung und Bildung privatisiert werden oder die Gesundheitsversorgung leidet. Die Kluft zwischen Arm und Reich wollen DIE GRÜNEN wieder abbauen und Reiche stärker an der Finanzierung von öffentlichen Leistungen und den Altlasten der Krise beteiligen.

DIE LINKE plädiert für gemeinsame Standards in der Sozialpolitik und fordert eine nachhaltige EU-weite Angleichung der Lebensverhältnisse. Sie erklärt, dass mit der Kürzungs- und Privatisierungspolitik sowie mit dem Fiskalpakt auf breiter Front soziale Errungenschaften zunichte gemacht, zivile und gewerkschaftliche Rechte beschnitten, die Demokratie ausgehöhlt und Menschenrechte mit Füßen getreten würden. Die marktradikale Politik in der Europäischen Union und die Durchsetzung unsozialer Kürzungszwänge, wie sie gegenwärtig – unter maßgeblichem deutschem Einfluss – vorangetrieben würden, bedrohten die europäische Solidarität. Die wirtschaftliche Integration müsse vielmehr mit einer sozialen und ökologischen Union verbunden werden.

DIE LINKE will die Europäische Union zu einer wirklichen Solidargemeinschaft entwickeln: „Wir treten für ein europäisches Sozial- und Solidarsystem ein, durch

das der Wert eines gemeinsamen europäischen Handelns für die in der EU lebenden Menschen sichtbar wird.“ Soziale Grundrechte, erreichte Standards sowie die Tarifautonomie müssten Vorrang vor der Freiheit der Märkte haben. DIE LINKE will, dass in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch soziale Rechte und hohe soziale Standards verankert und Sozialsysteme geschützt werden. DIE LINKE kämpft für eine Sozialcharta bei Hilfen für Krisenstaaten. Sie will die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und vor weiteren Privatisierungen schützen.

DIE LINKE will die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zum verbindlichen Kernziel der Europäischen Union machen. Sie plädiert für eine EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Arbeitslosigkeit im Rahmen der Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort (d.h.: des mittleren nationalen Nettoäquivalenzeinkommens) gewährleisten soll.

Nach Auffassung von CDU, FDP, SPD, GRÜNEN und LINKE dürften Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die in verschiedenen europäischen Ländern arbeiten und wohnen, **nicht durch Regelungslücken zwischen den nationalen Sozialsystemen benachteiligt** werden. So will die FDP beispielsweise ein System schaffen, das es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, unbürokratisch ihre Sozialversicherungsansprüche mitzunehmen und anerkennen zu lassen.

Im Sinne eines „Deutsche zuerst“ wollen CDU, AfD und SPD eine **missbräuchliche Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme verhindern** (u.a. durch besseren behördlichen Datenaustausch, Sperren zur Wiedereinreise sowie Beschränkungen beim Anspruch auf Sozialleistungen). So dürften nach Meinung der AfD leistungslose Einkommen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen, noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen. Sozialleistungen für Zuwanderer seien ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld), Kinder- und Wohngeld sollten nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Wenn Zuwanderer in Deutschland keine ausreichenden Mittel aus Erwerbseinkommen, Vermögen, Unterhalt oder Sozialleistungen zur Verfügung haben, müssten sie in ihre Heimat zurückkehren.

Dagegen müssten nach Auffassung der GRÜNEN Solidarität und Zusammenhalt in einer sich vertiefenden Europäischen Union neu gedacht werden. Es gehe nicht mehr nur um Solidarität mit den Benachteiligten der „eigenen“ Gesellschaft, sondern um gegenseitige Verantwortung für die Schwächsten überall in Europa. „Wir müssen füreinander eintreten über nationale Grenzen hinaus.“ Ziel der GRÜNEN sei es, dass alle Menschen Anspruch auf eine soziale Grundsicherung erhalten. Die Höhe solle angelehnt sein an die wirtschaftliche und soziale Situation im jeweiligen Land und sich insbesondere an der EU-Armutdefinition orientieren. Die Öko-Partei setzt sich deshalb für eine europäische Rahmenrichtlinie für eine Grundsicherung ein, die grundlegende Prinzipien europäisch festschreibt. Sie will zudem die gesundheitliche Daseinsvorsorge in allen Mitgliedsstaaten stärken.

DIE LINKE erklärt zu dieser, von konservativen Populisten gepushten Frage: „Nicht Armutzuwanderung, sondern Reichtumsflucht (Steuerhinterziehung und -flucht) ist das Problem vieler Mitgliedstaaten.“ DIE LINKE wende sich gegen die

Stimmungsmache über angeblichen Sozialbetrug, mit der Rassismus und Feindseligkeiten in der Gesellschaft geschürt werden.

Die FDP schreibt dazu, die Befürchtungen einer „gezielten Einwanderung in deutsche Sozialsysteme“ nehme sie ernst, doch Bestrebungen, deshalb die Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit einzuschränken, werde sie entgegentreten: „Wir Liberalen treten allen populistischen Versuchen anderer Parteien zur Diskriminierung von zuwanderungswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihrer Angehörigen entgegen.“

CDU, SPD, GRÜNE und LINKE engagieren sich insbesondere für die **Gleichstellung von Frauen und Männern**. Während das Thema von der FDP nicht explizit aufgegriffen wird, lehnt die AfD ein „Gender Mainstreaming“ bzw. eine Gleichstellungspolitik nach EU-Vorgaben ab.

Die SPD will beispielsweise die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen durch wirksame und verbindliche europäische Regelungen voranbringen: bei der Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, bei der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, durch mehr Frauen in Führungspositionen und durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Sie fordert den vollen Schutz der Selbstbestimmung von Frauen und ihrer reproduktiven Rechte und setzt sich für ein erneutes „Europäisches Jahr zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen“ ein. DIE LINKE fordert, die Vergabe aller Struktur- und Kohäsionsmittel explizit an gleichstellungspolitische Kriterien zu binden, um bestehende Benachteiligungen auf Grund des Geschlechts zu überwinden.

Auch in der **Gesundheitspolitik** vertreten CDU und AfD die Position, dass die Zuständigkeit und Verantwortung für die Organisation der Gesundheitswesen allein bei den Mitgliedsstaaten liegt. Die CDU erklärt: „Wir wollen die Vielfalt der historisch begründeten und politisch gewollten nationalen Gesundheitssysteme und die Kompetenz, sie eigenverantwortlich zu gestalten, auch in Zukunft erhalten.“ Die europäischen Institutionen seien aber verpflichtet, bei allen Maßnahmen ein hohes Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen.

Nach Meinung der AfD sei die Sicherung der Gesundheitssysteme eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Harmonisierungsbestrebungen der EU im Bereich des Gesundheitswesens seien jedoch weitgehend abzuweisen, „da diese zwangsläufig zu einem Absinken des Gesundheitsniveaus in Deutschland auf ein niedrigeres gemeinsames Niveau führen müssen“. Die Harmonisierung müsse sich auf die sinnvollen Maßnahmen bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren (z. B. Infektionskrankheiten, Ausbreitung multiresistenter Erreger und europaweite Arzneimittelzulassung) beschränken.

Während die SPD nicht näher auf die Gesundheitspolitik in der EU eingeht, sprechen sich DIE GRÜNEN für eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle Menschen in der EU aus. Sie wollen die gesundheitliche Daseinsvorsorge in allen Mitgliedstaaten stärken. Sie streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge auch hinsichtlich der wohnortnahen Versorgung nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.

Nach dem Willen der LINKEN sollen alle Mitgliedsstaaten grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung oder Energie verpflichtend zur Verfügung stellen und für alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel zugänglich

machen. DIE LINKE lehnt die Privatisierung des Gesundheitssystems ab. Sie wendet sich gegen eine europäische Zwei-Klassen-Medizin. Eine auskömmliche gesundheitliche Versorgung sei ein Grundrecht. DIE LINKE hält eine Krankenversicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger der EU für unverzichtbar.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass auch künftig alleine die Mitgliedstaaten für die Gestaltung der **Renten- und Pensionssysteme** zuständig sind. Die CDU will aber die unsozialen Reformen der deutschen „Agenda 2010“ auch auf die anderen Mitgliedsländer übertragen und drängt: „Deutschland hat mit der Rente mit 67 einen wichtigen Schritt für ein stabiles und generationengerechtes Rentensystem gemacht. Wir ermutigen die anderen Staaten der Europäischen Union, ihre Systeme zur Alterssicherung ebenso zukunftssicher aufzustellen und längere Lebensarbeitszeiten in Betracht zu ziehen.“

DIE LINKE plädiert dagegen für EU-weite armutsfeste Mindestrenten und fordert, dass der Wettbewerb des Sozialdumpings beendet werden müsse. DIE LINKE plädiert für eine EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Rente im Rahmen der Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort gewährleisten soll. Nach dem Willen der LINKEN sollen alle Bürgerinnen und Bürger Europas Anspruch auf soziale Mindestsicherung an ihrem Wohnort haben. DIE LINKE wendet sich gegen Initiativen zur Erhöhung der Renteneintrittsalter und zu einer europaweiten Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. Statt einer weiteren Privatisierung der Altersvorsorge sollen das Umlageverfahren in der Rentenversicherung verstärkt und Altersarmut europaweit bekämpft werden.

Während sich FDP und GRÜNE nicht näher mit der Rentenpolitik befassen, bleiben SPD und AfD in ihren Aussagen zu diesem Thema sehr allgemein. Die SPD will sich dafür einsetzen, dass die ältere Generation, die die EU aufgebaut hat, finanziell nicht überproportional stark zu den Verlierern der Krise zählt und in Würde altern kann. Auch die AfD will Renten, die nach einem langen Berufsleben auskömmlich sind.

6. Europäische Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

Fragen des Umweltschutzes und der Energie- und Klimapolitik sind in allen Programmen enthalten, sie werden jedoch auf unterschiedliche Weise verbunden, gewichtet und bearbeitet. Alle Parteien sprechen sich für umweltfreundliche Energien, für Emissionsvermeidung bzw. Reduzierung aus. Unterschiede gibt es hinsichtlich der Wege und Instrumente und der Verbindlichkeit festzulegender Ziele bei der Umsetzung.

Für die CDU ist die Bewahrung der Schöpfung gerade aus christlicher Perspektive eine herausragende Aufgabe, für die heutige Generationen Verantwortung für künftige Generationen tragen. Eine engere europäische Zusammenarbeit müsse dabei grenzüberschreitende Schadstoffbelastungen ebenso berücksichtigen wie die Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Konzeptionell wird Umweltschutz verbunden mit Pflanzen- und Tierschutz, umweltfreundlicher Energieversorgung, modernen Stromnetzen, der Bekämpfung des Klimawandels, der Förderung erneuerbarer Energien und der Sicherheit von Kernenergie. Dazu gehöre auch der Gewässer- und Meeresschutz, Hochwasser- und Küstenschutz, Artenvielfalt

und Verbraucherschutz. Die CDU setzt in der Umweltpolitik – wie auch die FDP – vor allem auf Anreize und marktwirtschaftliche Instrumente. Ordnungsrecht sollte mit Augenmaß eingesetzt werden. Die FDP verbindet darüber hinaus Umwelt- und Klimapolitik mit Innovation und neuen Technologien. Deutschland müsse als Exporteur von Ideen und Innovationen helfen, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Die FDP setzt auf den verantwortungsbewussten Bürger, nicht auf Verbote. Die SPD tritt für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU ein, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht als Gegensätze begreift. Sie will, dass Europa Vorreiter für ein neues Bündnis von Umwelt, Wirtschaft und Arbeit ist.

Die GRÜNEN sehen sich als die einzige verlässliche Stimme für eine konsequente Energiewende in der EU. Für sie stehen Umwelt- und Klimaschutz im Mittelpunkt des Wahlprogramms und werden ausführlich und detailliert bearbeitet. Sie wollen Europa mit dem Green New Deal erneuern, der durch Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue Infrastrukturen dringend benötigte Jobs und Zukunftsperspektiven schaffen soll. Sie verbinden dabei nachhaltiges Wirtschaften mit Effizienz und formulieren Umwelt- und Klimaschutz als globales Problem. Die EU müsse zur Vorreiterin werden und für einen verbindlichen Steigerungsplan für die internationale Klimafinanzierung bis 2020 eintreten. Die ab 2020 jährlich zugesagten 100 Milliarden Euro für Klimaanpassungen müssten bereitgestellt werden. Hierzu wollen DIE GRÜNEN einen „Green Climate Fund“ einrichten. Gleichzeitig werden Energie- und Klimapolitik als Probleme und Möglichkeiten demokratischer und sozialer Teilhabe vor allem auf kommunaler Ebene verstanden.

DIE LINKE beschreibt in ihrem Programm den Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit, ökologischem Wirtschaften und gutem Leben. Aus ihrer Sicht könnten sich ein ökologischer Umbau der Produktion und alternative Konsumtion nur dann in der Gesellschaft durchsetzen, wenn sie gleichzeitig zu mehr sozialer Gleichheit führen. DIE LINKE fordert, die Wirtschaft sozial und ökologisch umzubauen, damit die Menschen in Europa und weltweit eine Zukunft haben. Sie fordert deshalb soziale und ökologische Standards als Förderkriterien zur Strukturmittelvergabe. Ähnlich wie DIE GRÜNEN verbindet auch DIE LINKE den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft mit regionalen Politikansätzen. Dazu gehört die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie Energie erzeugt werden soll und in wessen Besitz sich Netze oder Stadtwerke befinden sollen. GRÜNE wie LINKE stehen für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist.

Für die AfD ist Energiepolitik primär eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. Allerdings wird für Bereiche wie Energienetze und -speicher die europäische Zusammenarbeit als sinnvoll und notwendig betrachtet. So fordert die AfD die europaweite Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerte.

Europäische Energiepolitik

In den Wahlprogrammen der Parteien spielen Fragen der **Energiepolitik**, insbesondere der Stellenwert **erneuerbarer Energien** und das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)**, eine wichtige Rolle. Die CDU misst Energiepolitik zu gleichen Anteilen an den Zielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Um-

welt- bzw. Klimaverträglichkeit. Energiepolitik wird mit der Sicherung von Arbeitsplätzen, der Wertschöpfung in Deutschland sowie seiner Wettbewerbsfähigkeit verbunden. Die CDU lehnt einerseits den Schutz vor Wettbewerb auf anderen Kontinenten durch Subventionen oder Marktabschottung ab. Auch europäische Beihilfe-Regeln müssten den globalen Wettbewerb berücksichtigen. Europa brauche einen leistungsfähigen europäischen Energie-Binnenmarkt mit modernen Stromnetzen, einem gemeinsamen europäischen Energieverbund und verbindlichen europäischen Standards, privaten und öffentlichen Investitionen und einem klaren Rechtsrahmen als Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Zugleich sollten Ausnahmeregelungen bei Strompreisen für energieintensive Unternehmen in Deutschland, die im internationalen Wettbewerb stehen, möglich bleiben. Die CDU will das EEG in Übereinstimmung mit dem Europarecht weiterentwickeln und strebt einen verlässlichen Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien an. Die EEG-Reform soll dabei Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs spürbar bremsen. Auch die SPD will das EEG weiterentwickeln und in die Leitlinien der EU aufnehmen.

Nach Dafürhalten der FDP ist der EU-Binnenmarkt für Energie ist noch lange nicht vollendet. Es mangle an gemeinsamen Koppelstellen oder grenzüberschreitenden Netzen. Außerdem würden die Mitgliedstaaten – insbesondere auch Deutschland – eigene Agenden verfolgen, ohne sich abzustimmen. Notwendige Investitionen in die Infrastruktur sollten durch marktwirtschaftliche Finanzierungsprojekte wie projektbezogene Bonds der Europäischen Investitionsbank unverzüglich getätigt werden. Die FDP fordert außerdem für alle Bürgerinnen und Bürger, mittelständischen Betriebe, für Handwerk und Industrie bezahlbare Energie.

Einen deutlich radikaleren ökologischen Ansatz verfolgen DIE GRÜNEN, deren Ziel ein Europa ohne Atom-, Kohleenergie und Fracking ist, ein Europa, dessen Wohlstand sich aus umwelt- und klimafreundlichen Energiequellen speist. Die Öko-Partei setzt auf erneuerbare Energien und auf Energieeffizienz, die das Klima schützen und zugleich sicher sind im Unterschied zur Atomkraft und zu fossilen Brennstoffen. Im Gegensatz zur CDU gehen DIE GRÜNEN davon aus, dass die Potenziale an Windkraft, Sonnenenergie, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse „bei weitem“ ausreichen, um den gesamten Energiebedarf der EU in der Zukunft vollständig aus Erneuerbaren Energien zu decken.

DIE LINKE fordert eine europaweite Energiewende, die auf nachhaltige Energiequellen setzt und Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge öffentlich organisiert. Sie lehnt die herrschende EU-Wettbewerbspolitik ab, die auch die Versorgung mit Energie den EU-Binnenmarktregeln unterwirft. Sie fordert die Kontrolle über die Entwicklung der Strompreise in allen Mitgliedstaaten der EU und die Reduzierung von Privilegien für Industriebetriebe bei der Übernahme der Energiewendekosten. Aus Sicht der LINKEN sollen erneuerbare Energien im Rahmen europäischer Zielsetzungen weiterhin nach nationalen Vorgaben (wie dem EEG) gefördert und die Nutzung fossiler Energiequellen entsprechend zurückgefahren werden. Im Jahr 2020 solle der Anteil an erneuerbaren Energien am EU-Energieverbrauch 25 Prozent betragen. Bei der Produktion von Agroenergien dürften die Zielsetzungen nur so hoch sein, wie innereuropäische Flächen dafür zur Verfügung stehen, ohne Nahrungsmittelversorgung und Biodiversität zu gefährden. Importe von Agrokraft- und -treibstoffen aus dem globalen Süden lehnt die Partei ab.

Für GRÜNE und LINKE ist Energie ein öffentliches Gut, dass deshalb in öffentlicher Hand verwaltet werden müsse. Gerade erneuerbare Energien würden eine europäische Energiewende von unten ermöglichen, die Bürger/innen und Kommunen ermutige, ihre Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen und sich so von den großen Stromkonzernen unabhängig zu machen. DIE LINKE will die Privatisierung der Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge stoppen und rückgängig machen, kämpft für eine Überführung der Netze in öffentliche Hand und will die Macht der großen Stromversorger beschneiden.

Für GRÜNE und LINKE ist die Bezahlbarkeit von Energie wichtig und deshalb für DIE GRÜNEN auch die Förderung des Umstiegs privater Verbraucher/innen und kleiner Unternehmen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch. Beide Parteien fordern eine bezahlbare Grundversorgung mit Strom und Wärme. DIE LINKE verlangt, dass die Mehrkosten der Energiewende nicht auf die Schultern von privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern abgeladen werden, damit Energie „nicht zum Luxusgut“ wird, DIE GRÜNEN setzen sich für die wirksame Umsetzung der europäischen Regelungen gegen Energiearmut ein.

Die AfD fordert, langfristig die Abhängigkeit Deutschlands von importierten Energieträgern zu reduzieren. Darüber hinaus lehnt sie die dauerhafte Subventionierung jeglicher Art der Energieerzeugung ab.

Im Kontext von **Energieeffizienzvorgaben** sprechen sich alle Parteien grundsätzlich für eine Senkung des Rohstoff- und Energieverbrauchs aus. Unterschiedlich werden jedoch deren verbindliche Festschreibung und die Wege der konkreten Umsetzung (zum Teil bis hin zum Umgang mit Konsumgütern im Alltag) bewertet. Für die CDU ist die Senkung des Energieverbrauchs durch eine effizientere Nutzung der Energie eine wichtige Stütze der Energiewende. Sie verfolgt dabei einen Ansatz, der Gebäude, Industrie, Gewerbe und Haushalte umfasst und dabei Strom, Wärme und Kälte gleichermaßen in den Blick nimmt. So will sie Abfälle verringern und Möglichkeiten der Wiederverwertung nutzen und z. B. die Sammelmengen von Elektro- und Elektronikschrott erhöhen, Rücknahmesysteme für wieder verwendbare Produkte ausbauen und die Rückgabe von Gebrauchsgütern erleichtern. Die CDU möchte die EU-Energieeffizienzrichtlinie mit dem Ziel umsetzen, die Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2020 zu steigern. Dies soll nach 2020 fortgeschrieben und technologieoffen, wettbewerbsneutral und attraktiv für den Mittelstand ausgestaltet werden. Gerade dies lehnt die AfD als ein „schädliches Wettbewerbshemmnis“ so lange ab, bis andere hochindustrialisierte Länder gleichartige Maßnahmen ergreifen.

DIE GRÜNEN werfen dagegen der Bundesregierung vor, die Energieeffizienz-Richtlinie der EU zu verwässern und auszubremsen. Sie fordern deshalb, das beschlossene Ziel von 20 Prozent Effizienzsteigerung bis 2020 verbindlich festzuschreiben und umzusetzen. Sie wollen einen Wettbewerb um beste Lösungen, bei dem die effizientesten Geräte den Standard setzen (Top-Runner-Ansatz). Dazu bedürfe es eines verbindlichen Effizienzziels für die EU, das den Energieverbrauch senkt und Verbrauchsgrenzwerte für Autos und Elektrogeräte festlegt. Außerdem fordern die GRÜNEN eine verständliche Kennzeichnung für Verbraucher/innen, um den Energieverbrauch und Folgekosten von Produkten vergleichen zu können. Eine wichtige Rolle zur Mobilisierung privaten Kapitals müsse die Europäische Investitionsbank (EIB) spielen, deren Investitionsstrategie klare Prioritäten für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur haben müsse.

DIE LINKE fordert die Energieeffizienz-Richtlinie und ihre ordnungspolitischen Vorgaben für die Wirtschaft zum Einsparen von Energie zu verschärfen. Die FDP will in der Industrie durch intensivere Beratung und Know-how-Transfer der Unternehmen Energieeffizienz-Potenziale nutzen. Sie fordert Anreize zum Sparen, aber keine Vorschriften und lehnt Effizienzvorgaben nach dem „Front-Runner-Prinzip“ oder dem „Beste-verfügbare-Technologie-Prinzip“ ab.

DIE GRÜNEN und DIE LINKE fordern den Ausstieg aus der **Atomenergie und Kohleverstromung**. Die europäische Vertragsgemeinschaft EURATOM müsse gekündigt und aufgelöst werden. Nach dem Willen der LINKEN sollten an die Stelle des Emissionshandels nationale Kohleausstiegsgesetze treten, die einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeben. SPD, FDP und AfD treffen zu dieser Frage keine Aussagen.

Die CDU stellt vor allem die Frage der Sicherheit von Kernkraftwerken in den Mittelpunkt, will dazu verbindliche Sicherheitsziele festschreiben und ein System wechselseitiger Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung etablieren. Eine Förderung der Kernenergie lehnt die CDU nachdrücklich ab. Um Schwankungen bei der Einspeisung erneuerbarer Energien auszugleichen und die Grundlast abzusichern, werden aus Sicht der CDU mittelfristig auch moderne und leicht steuerbare Gas- und Kohlekraftwerke mit hohen Wirkungsgraden als notwendige Reservekapazitäten benötigt. Außerdem sei die wirtschaftliche Nutzung der Braunkohle auch als Grundstoff für die chemische Industrie von Bedeutung und eröffne Möglichkeiten für Wachstum und Beschäftigung.

Nach Dafürhalten der GRÜNEN trage gerade die Verringerung des europäischen Kohle-, Gas- und Erdölverbrauchs nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern stärke auch Europas Wirtschaftskraft und beuge internationalen Konflikten um Rohstoffe vor. Durch Abbau von Subventionen würden die realen Kosten der klimaschädlichen CO₂-intensiven Energieträger wie Kohle, Öl und Gas in den Preisen widerspiegelt. Dadurch könnten fast 6 Prozent der globalen CO₂-Emissionen eingespart werden. Aus Sicht der GRÜNEN ist es deshalb Zeit für eine europäische Energiewende und für eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE).

Die CDU bekräftigt in ihrem EU-Wahlprogramm die Position des Koalitionsvertrages zum **Fracking**. Danach müssten bei einer Gewinnung von Gas durch das sogenannte Fracking Gefahren für Menschen und Trinkwasser ausgeschlossen werden. Die Sicherheit habe absoluten Vorrang. Die Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien wird abgelehnt. GRÜNE und LINKE lehnen die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), d.h. die Einlagerung von CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von unkonventionellem Erdgas durch Fracking ab, weil sie weltweit die Lebensgrundlagen vieler Menschen und künftiger Generationen bedroht. DIE GRÜNEN verweisen hier positiv auf Frankreich mit seinem unbefristeten Fracking-Verbot. Auch das TTIP dürfe nicht dazu führen, Fracking in Europa zu ermöglichen. DIE LINKE fordert, dass bisherige Forschungs- und Fördermittel für CCS (bis 2012/2013 1,3 Milliarden Euro) für das Gelingen der Energiewende eingesetzt werden sollten. SPD, FDP und AfD treffen hierzu keine Aussagen.

Emissionsreduktion und Emissionshandel

Während sich CDU, FDP, SPD und GRÜNE für eine Beibehaltung des Emissionshandels aussprechen, ist DIE LINKE dagegen. Für CDU und FDP ist der Emissionshandel **das** zentrale marktwirtschaftliche Instrument der europäischen Klimapolitik. CDU und GRÜNE wollen ihn allerdings reformieren. Die CDU will sich dafür einsetzen, dass die gegenwärtigen Probleme des Emissionshandels beseitigt und wirksame Anreize gesetzt werden, klimaschädliche Treibhausgase zu vermeiden. Die Anzahl der Verschmutzungsrechte soll gemäß den EU-Klimazielen verringert, aber die marktwirtschaftliche Struktur des Emissionshandelsystems gewahrt werden. DIE GRÜNEN wollen beim Emissionshandel einen Mindestpreis für Emissionszertifikate einführen und überschüssige Zertifikate dauerhaft vom Markt nehmen. Die durch den Emissionshandel eingenommenen Gelder sollen in globale Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen investiert werden. Außerdem müssten der Flugverkehr und die Seeschifffahrt einbezogen werden. Langfristig seien aus Sicht der GRÜNEN gleiche Emissionsrechte pro Kopf anzustreben.

Für die FDP gewährleistet der Emissionshandel eine wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Anders als jede Steuer habe der Emissionshandel es geschafft, die Emission wirksam auf eine feste Menge zu begrenzen. Die FDP lehnt jedoch politisch motivierte Eingriffe in den Emissionshandel ab, ebenso eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch CO₂-Steuern. Sie verweist jedoch auch darauf, dass der Emissionshandel in Europa nicht ausreiche, um das Klima in der Welt wirksam zu beeinflussen. Deshalb müssten gerade in den Schwellenländern der Klimaschutz verstärkt und in den tropischen Ländern die Regenwälder geschützt werden – ein Gedanke, der sich (traditionell) auch bei den GRÜNEN findet. Die SPD setzt sich in ihrem knappen Europawahlprogramm lediglich für eine Reaktivierung des Emissionshandels ein und befürwortet eine verbindliche Zielsetzung der EU zur Reduktion der Treibhausgasemissionen von 40 Prozent bis 2030.

Aus Sicht der LINKEN hat hingegen der Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt. An seine Stelle müssten deshalb ordnungsrechtliche Eingriffe in die nationalen Energiewirtschaften treten (z. B. nationale Kohleausstiegsgesetze), die einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeben. In der laufenden Emissionshandelsperiode (2013 bis 2020) sollen zwei Milliarden Tonnen Emissionsrechte endgültig stillgelegt und Mitnahmeprofite durch die freie Zuteilung von Emissionszertifikaten für energieintensive Industrien beendet werden. Die Anrechnung von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt sei auszuschließen.

Die AfD sieht im Rahmen internationaler Abkommen die Möglichkeit, eine graduelle Reduktion von CO₂-Emissionen zu vereinbaren. Diese sollte jedoch ausschließlich durch *marktwirtschaftliche, technologie neutrale* Instrumente wie z. B. CO₂-Zertifikate erfolgen. Das Zertifikate-System solle sich daran orientieren, was für Haushalte und Unternehmen finanziell tragbar sei. Das EEG müsse aus Sicht der AfD komplett abgeschafft sowie alle Energiemarkt-Eingriffe durch Subventionen (wie z. B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorrang einspeisungen für bestimmte Stromerzeugungsanlagen) sofort eingestellt werden. Von der EU fordert die AfD die Festlegung von (europäischen) Standards, die sich am Stand der Technik orientieren und Umweltdumping verhindern.

Europäische Klimapolitik

Während sich CDU, SPD, FDP, GRÜNE und LINKE – wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz – für den Klimaschutz durch Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen einsetzen, seien aus Sicht der AfD wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO₂-Emissionen sehr „unsicherheitsbehaftet“ und aufgrund der globalen Dimension nationale und europäische Alleingänge abzulehnen.

Die FDP erklärt beispielsweise, sie stehe zu den Klimaschutzzielen der EU, wendet sich jedoch gegen weitere einseitige Kohlendioxid-Reduktionsverpflichtungen. Die CDU will sich engagiert für eine europäische Führungsrolle im weltweiten Klimaschutz und für ein verbindliches weltweites Klimaschutzabkommen einsetzen, das sich an das Kyoto-Abkommen anschließt. Sie bekennt sich zu dem Ziel, die Treibhausgase bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern und setzt dabei auf ein Zieldreieck aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

DIE GRÜNEN befürchten dagegen, dass in der EU der Klimaschutz angesichts des großen Einflusses von Lobbyinteressen unter die Räder kommt und werfen dem zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger vor, als verlängerter Arm der Atom- und Kohlelobby zu handeln. Für den Klimaschutz entscheidende Reformen wie diejenige des EU-Emissionshandels würden systematisch ausgebremst. DIE GRÜNEN stehen hingegen für klimafreundliche Energien. Ihr Ziel ist es, den globalen Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, um einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern. Dazu müsse die EU ihre klimaschädlichen Emissionen bis 2050 schrittweise um 90 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 reduzieren. Bis 2020 sei eine Emissionsminderung um mindestens 30 Prozent zu erreichen. Für 2030 fordert die Öko-Partei einen neuen Dreiklang der Ziele: mindestens 40 Prozent Energieeinsparung, mindestens 45 Prozent erneuerbare Energien und mindestens 55 Prozent Reduzierung der Treibhausgase.

DIE LINKE verlangt, den Ausstoß an Klimagasen in der EU gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020, um 60 Prozent bis 2030 und um 95 Prozent bis zur Mitte des Jahrhunderts zu mindern. Dazu seien der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf ein Viertel bis 2020, auf 45 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent bis zur Mitte des Jahrhunderts zu steigern und der Primärenergieverbrauch gegenüber dem Jahr 2000 um ein Fünftel bis 2020, um 40 Prozent bis 2030 und um 60 Prozent bis zur Mitte des Jahrhunderts zu reduzieren.

Europäische Verkehrspolitik im Kontext von Umwelt- und Klimaschutz

Während CDU, SPD, GRÜNE und LINKE – wenn auch mit unterschiedlichen Konsequenzen – in ihren Wahlprogrammen Umwelt- und Klimaschutz mit Fragen der europäischen Verkehrspolitik verbinden, scheint man aus Sicht der FDP dagegen bei den Diskussionen in Brüssel angesichts der Dominanz von umweltpolitischen oder sozialen Verbesserungsvorschlägen bisweilen das eigentliche Ziel – den Verkehr am Laufen zu halten – aus den Augen zu verlieren. Die AfD stellt schließlich gar keine Verbindung von Umwelt-, Klima- und Verkehrspolitik her.

DIE GRÜNEN halten sich zugute, dass die grüne Forderung nach einer Verkehrswende zum Leitmotiv der EU-Verkehrspolitik geworden sei. Ziel sei eine nachhaltige und barrierefreie Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, sozial und wirtschaftlich effizient sein soll. Dies müsse durch Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung von Verkehr erreicht werden, um so die steigenden Verkehrsemissionen, wirksam zu senken. Dazu sollen EU-Finanzmittel dort konzentriert werden, wo Konzeptionen transeuropäischer Verkehrsnetze entwickelt werden und zu realen Verbesserungen führen und nachhaltige Mobilität durch Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf Schiene und Wasserwege ermöglicht wird. Der Bau von Kleinstflughäfen oder ökologisch und ökonomisch fragwürdiger Tunnelgroßprojekte sowie überdimensionierte Wasserautobahnen für die Binnenschifffahrt werden abgelehnt. Außerdem setzen DIE GRÜNEN – ebenso wie die CDU – auf einen Wandel in der Autoindustrie hin zu Elektromobilität sowie ressourcenschonenden und schadstoffarmen Fahrzeugen. DIE GRÜNEN wollen in der Europäischen Union bis 2025 einen Grenzwert von 60 g CO₂ pro Kilometer für den Flottendurchschnitt von Neuwagen erreichen.

Die SPD steht für eine nachhaltige Entwicklung aller Verkehrsträger und fordert die Förderung neuer Technologien (wie intelligente Verkehrssysteme und alternative Antriebe). Derartige Vorstellungen finden sich auch im Programm der CDU. Danach könne der Verkehrssektor einen wesentlichen Beitrag leisten, um die nationalen und internationalen Energie- und Klimaschutzziele zu erreichen. Die CDU steht für eine wettbewerbsneutrale Ausgestaltung des EU-Emissionshandels im Flugverkehr und für Alternativen zu den herkömmlichen Kraftstoffen. Die Union werde Forschung und Entwicklung sowie die Markteinführung alternativer Antriebe und die entsprechende Infrastruktur unterstützen. Ein Schwerpunkt der CDU ist auch die Reduzierung von Verkehrslärm. Sie begrüßt im Bereich des Schienenverkehrs ausdrücklich, dass die Umrüstung auf leisere Bremsen im Güterverkehr künftig mit europäischen Mitteln unterstützt werden kann.

DIE LINKE fordert eine Verkehrspolitik, die Mobilität fördert und Verkehr vermeidet. Maßstäbe seien dabei Nachhaltigkeit, verbesserte soziale Standards und eine Transportlogistik, die sich am Bedarf und kurzen Wegen orientiert. Als Voraussetzungen hierfür sieht DIE LINKE dezentrale Produktionen und einen zuverlässigen öffentlichen Personenverkehr. DIE LINKE fordert eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Personen- und Nutzfahrzeuge sowie ein Importverbot für Agrosprit. Im Flug- und Schiffsverkehr setzt sie sich für eine europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe ein. Schienenverkehr müsse Vorrang haben vor Straßen- und innereuropäischem Flugverkehr.

Die FDP will hingegen „Ko-Modalität statt Bevorzugung eines Verkehrsträgers“. Ob Straße, Schiene, Luft oder Wasser – jeder Verkehrsträger werde gebraucht und müsse so gut es geht optimiert werden. Priorität hat für die FDP, dass die Verordnung zum durchgehenden Netz von Verkehrswegen (Ten-V) mit transeuropäischen Korridoren konsequent umgesetzt, Engpässe beseitigt, Lücken geschlossen und grenzüberschreitende Abschnitte verstärkt werden. Die FDP möchte dafür sorgen, dass sich Menschen Mobilität leisten können und diese nicht durch ständig neue Belastungen, wie Pkw-Maut oder immer neue Gebühren bei Flugreisen, künstlich teurer wird.

7. Bürgerrechte und Demokratie in Europa

Umbau und Demokratisierung europäischer Institutionen

Alle Parteien sprechen sich für ein bürgernahes Europa aus. Die EU müsse ein Europa der Bürger werden. Aus Sicht der CDU müssten sich das Europäische Parlament und der Ministerrat als Gesetzgeber auf die „wirklich notwendigen politischen Aufgaben“ konzentrieren. Die Union fordert, dass die neue Europäische Kommission eine begrenzte Zahl von Vizepräsidenten erhält, bei denen die einzelnen Fachzuständigkeiten gebündelt und denen die übrigen EU-Kommissare fachlich unterstellt werden. Die Kommission brauche ein effizientes Kollegium mit klaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Langfristig solle es zu einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten kommen. Die Entscheidung über die Übertragung von Zuständigkeiten von der nationalen Ebene auf die europäische Ebene müsse bei den EU-Mitgliedsstaaten verbleiben.

Nach den Vorstellungen der SPD sei die EU-Kommission so zu reformieren, dass sie handlungsfähig und entscheidungsorientiert arbeiten könne. Dazu zähle der Ausbau der Kommission zu einer „wahren EU-Regierung“, die dem EU-Parlament voll verantwortlich ist. FDP und GRÜNE plädieren für transparente Entscheidungen und für eine kleinere Kommission als Hüterin der Verträge. Die Forderung, dass jeder Mitgliedsstaat eine/-n Kommissar/in benennt, widerspreche nach Dafürhalten der GRÜNEN dem Charakter der Kommission als Gemeinschaftsinstitution.

Die FDP fordert anstelle der „gängigen“ Praxis der Regierungschefs, hinter verschlossenen Türen an Kommission und Europäischem Parlament vorbei zu entscheiden, grundsätzlich die Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode, der zufolge Vorschläge der Kommission vom Rat der EU und vom Parlament beraten und entschieden werden. Die Liberalen setzen sich für schlanke Strukturen, für die Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zu einer echten Subsidiaritätskammer sowie für eine Überprüfung aller europäischen Agenturen ein. Ihrem neoliberalen Credo folgend, dass Sozialpolitik allein Sache der Mitgliedsstaaten sei, wollen sie den Wirtschafts- und Sozialausschuss abschaffen.

DIE LINKE will die EU-Institutionen demokratisieren und kontrollieren und den Kurs der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates so verändern, dass das Kapital nicht mehr deutsche gegen griechische Europäerinnen und Europäer ausspielen könne, sondern gemeinsame sozial-ökologische Entwicklungsziele in den Vordergrund gestellt würden. Sie verlangt, zur Durchsetzung dieser Ziele die Grundlagen der EU vom Kopf auf die Füße zu stellen. Sie will „den Regierungen nehmen und den Menschen geben“. Die durch die Mitgliedsstaaten geförderte Eigenständigkeit der EU-Agenturen wie FRONTEX und EUROPOL müsse zurückgefahren und diese Agenturen müssten parlamentarisch kontrolliert und gegebenenfalls aufgelöst werden. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen den Institutionen der EU sei so zu regeln, dass die dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt würden.

Die AfD sieht die EU im Spannungsfeld zwischen Souveränitätsanspruch der Mitgliedsstaaten und dem Drang der EU nach Harmonisierung, Reglementierung und Zentralisierung. Sie will die Wettbewerbsverfahren und -entscheidungen der

politischen Opportunität der EU-Kommission entziehen und auf eine unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde übertragen.

Stärkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente

CDU, SPD, GRÜNE, FDP und LINKE sprechen sich für die Stärkung des Europäischen Parlaments (EP) aus und wollen ihm ein eigenständiges, vertraglich gesichertes Initiativrecht für Gesetzgebungsvorhaben einräumen. DIE LINKE und die SPD möchten dem Europa-Parlament außerdem das volle Budgetrecht zugestehen. Auch die FDP will das EP langfristig zu einem echten Voll-Parlament weiterentwickeln. Grundbedingung dafür sei jedoch dessen demokratische Zusammensetzung: Jede Stimme der Bürgerinnen und Bürger Europas müsse gleich viel zählen.

DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, das gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat entscheidet, das die Europäische Kommission und deren Präsidenten vorschlägt und wählt und das generell erweiterte Rechte bekommt. Sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der EU überführt werde, müsse das Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten. Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche sei dies nachzuholen. DIE LINKE kritisiert, dass das EP derzeit weniger Befugnisse als jedes nationale Parlament besitze. So habe es beispielsweise keinerlei Einfluss auf die durch kein Mandat legitimierte Kürzungspolitik der Troika.

DIE GRÜNEN streben ein Europäisches Parlament an, das sich auf Augenhöhe mit Rat und Kommission befinde – u.a. durch die volle Beteiligung an der Gesetzgebung in allen Politikbereichen und durch Mitwirkungsmöglichkeiten bei internationalen Verträgen. Dazu seien Vertragsänderungen erforderlich. Es gebe aber auch substantielle Verbesserungen, die sofort in Angriff genommen werden könnten: das Recht einer Minderheit, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, die Möglichkeit namentlicher Abstimmungen in den Ausschüssen und die individuelle Wahl und Abwahl des/der Kommissionspräsident/in durch das Parlament. Zudem müsse aus Sicht der GRÜNEN die Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds gegenüber dem EU-Parlament verstärkt Rechenschaft ablegen. Dagegen lehnen DIE GRÜNEN ein Parallel-Eurozonen-Parlament, wie es von verschiedenen konservativen Kräften in die Diskussion gebracht wurde, entschieden ab.

SPD, FDP, LINKE, GRÜNE und AfD möchten – allerdings unterschiedlich akzentuiert – nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch die Rolle der nationalen Parlamente, der Regionen und der Kommunen stärken. Die SPD strebt an, dass ein „Europa der Parlamente“ mit einer engen Zusammenarbeit zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten das Gegengewicht zur Regierungszusammenarbeit bilden. Während die CDU bei Regelungsnotwendigkeiten „im Sinne der Gemeinschaftsmethode“ zwischenstaatliche Vereinbarungen vorzieht, setzt die SPD weniger auf zwischenstaatliche Vereinbarungen, sondern darauf, das Europäische Parlament an allen Entscheidungen umfassend zu beteiligen – auch beim europäischen Krisenmanagement.

DIE GRÜNEN versprechen sich beispielsweise mehr Demokratie durch eine „Allianz der Parlamente“. Sie wollen das Instrument der Subsidiaritätskontrolle auf allen Ebenen ausbauen. Sie setzen sich dafür ein, dass kommunale und regionale Parlamente bzw. Gebietskörperschaften ein Recht auf Anhörung und

Einflussnahme auf alle übergeordneten Ebenen bis zum Europäischen Parlament haben, ohne dass Länder oder Nationalstaaten dies mit Verweis auf ihre Landeshoheit blockieren könnten. Die AfD steht für eine Veto-Macht der nationalen Parlamente und will verhindern, dass das Budgetrecht der nationalen Parlamente angetastet wird.

Veränderungen des Wahlrechts

CDU und SPD fordern die Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten, DIE GRÜNEN die Möglichkeit der individuellen Wahl und Abwahl durch das Parlament. Langfristig solle es aus Sicht der CDU zu einem einheitlichen europaweitem Wahlverfahren des EU-Parlaments mit einer Sperrklausel kommen. Auch FDP und GRÜNE fordern ein einheitliches Wahlrecht, bei dem europäische Parteien zudem mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten antreten. DIE GRÜNEN schlagen deshalb eine schrittweise Einführung europaweiter Listen vor, um Wähler/innen die Möglichkeit zu geben, für die Kandidat/innen zu stimmen, die verstärkt gesamteuropäische Interessen vertreten.

DIE GRÜNEN wollen das Wahlrecht außerdem so verändern, dass Unionsbürger/innen an ihrem ständigen Wohnsitz überall in der EU mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – dies darüber hinaus auch bei kommunalen, regionalen und nationalen Wahlen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Bestimmungen zum Wahlrecht und das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt für alle gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben (auch wenn sie als Mensch mit Behinderungen unter voller Betreuung stehen). Keine Äußerungen zu Fragen des Wahlrechts gibt es bei SPD und AfD.

Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung

CDU, SPD, LINKE, GRÜNE und AfD wollen der **Europäischen Bürgerinitiative** größeres Gewicht verleihen. Der CDU liegt sie beispielsweise als Instrument für politische Teilhabe am Herzen, damit eine Million EU-Bürger die Europäische Kommission auffordern können, sich mit einem Thema zu befassen oder eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Die SPD will die Europäische Bürgerinitiative besser nutzen, damit Bürgerinnen und Bürger noch stärker auf die europäische Gesetzgebung einwirken können. DIE GRÜNEN wollen Europäische Bürgerinitiativen, die auch zwischen den Wahlen Mitbestimmung ermöglichen, wie z.B. zu allen Fragen der Atomenergie nutzen. Die AfD setzt sich in Anlehnung an die Europäische Bürgerinitiative für ein Bürger-Veto ein. Mit dem Bürger-Veto soll – ähnlich wie in der Schweiz – mit einem definierten Quorum innerhalb einer bestimmten Frist (z. B. innerhalb von sechs Monaten) eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat blockiert werden können. Die FDP äußert sich nicht zu dieser Frage.

DIE GRÜNEN wollen auf einem demokratisch legitimierten **Europäischen Konvent**, der – vom Europäischen Parlament geleitet – die Zivilgesellschaft und Sozialpartner einbezieht, die Überarbeitung der Europäischen Verträge vorbereiten und diskutieren. Insbesondere soll der Konvent Vorschläge erarbeiten, wie die europäische Demokratie und die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik weiterentwickelt werden sollen. Über die Ergebnisse dieses Konvents sollen die Bürger/innen in einem europaweiten Referendum abstimmen können. Ähnlich will DIE LINKE, dass die Diskussion über gemeinsame Werte und Normen in der

EU und über deren rechtliche Ausgestaltung in großer Breite und unter institutioneller Einbeziehung der Zivilgesellschaft geführt werden. Sie möchte, dass über die Ergebnisse dieses solidarischen Diskurses in zeitgleich stattfindenden Referenden in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union abgestimmt wird.

LINKE und GRÜNE setzen sich für EU-weite und verbindliche **Volksentscheide** ein. Nach dem Willen der LINKEN sollen die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU das Recht erhalten, über Volksentscheide konkrete EU-Politik mitzugestalten, und so z. B. mittels Volksentscheid am gleichen Tag über die Änderung der EU-Verträge entscheiden können. Auch die AfD will mehr direkte Demokratie und eine stärkere Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen.

Insbesondere DIE LINKE fordert **Wirtschaftsdemokratie**. Im Betrieb soll sie durch mehr direkte Mitbestimmung von unten, in der Gesellschaft insgesamt durch demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte und eine Politik der stärkeren sozialen, finanziellen und ökologischen Regulierung implementiert werden.

Menschenrechte und Asyl- und Flüchtlingspolitik

Die Fragen von Menschenrechten, von Flüchtlings- und von Asylpolitik werden in den Wahlprogrammen der Parteien unterschiedlich gewichtet. Für die CDU stünden beispielsweise die **Menschenrechte** im Fokus. Menschenrechte versteht die CDU als universell, unteilbar und unveräußerlich, als Ausdruck der unantastbaren Würde des Menschen. Sie müssten weiter wesentlicher Teil einer „wertegeleiteten europäischen Außenpolitik“ sein. Dem Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe sowie für das Verbot von Folter weltweit, für Religionsfreiheit (auch der von religiösen Minderheiten, insbesondere auch der von Christen), für die Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung und Organhandel gelte weiterhin das Engagement der CDU in Europa und in der Welt.

DIE GRÜNEN fordern, Menschenrechte müssten überall in Europa und für alle durchgesetzt werden. Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Hautfarbe, ethnischer oder sozialer Herkunft, genetischer Merkmale, von Sprache, Religion oder Glaube, einer politischen oder anderweitigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, von Eigentumsverhältnissen, Geburt, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder irgendeinem anderen Vorwand dürfe nicht toleriert werden. Die Religions- und Glaubensfreiheit finde ihre Schranken dort, wo im Namen der Religion die Menschenrechte anderer verletzt würden. DIE GRÜNEN würden deshalb im Europäischen Parlament die Initiative für den Schutz und die Hilfe für die Opfer religiös motivierter Gewalt und die aktive Aufnahme für religiös Verfolgte ergreifen. Sie verlangen zudem mehr Mitbestimmung für Bürgerinnen und Bürger zur Durchsetzung der Menschenrechte. Im Einsatz für die Menschenrechte seien DIE GRÜNEN gegen den Export von Überwachungstechnik und -software in autoritäre und diktatorische Staaten.

Für DIE LINKE seien Menschenrechte universell und unteilbar. Deshalb fordere sie auch, dass die EU unverzüglich ihrer vertraglichen Verpflichtung nachkommt und der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrifft. Sie will zusammen mit

dem DGB den Beitritt der EU zur Revidierten Europäischen Sozialcharta vorantreiben. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssten uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten, also auch für alle Menschen in Europa.

Bei der **Asyl- und Flüchtlingspolitik** sehen CDU und AfD keinen grundsätzlichen Änderungsbedarf, während GRÜNE, FDP und SPD diese Politik – wenn auch im Detail unterschiedlich – humaner gestalten wollen. DIE LINKE fordert einen grundlegenden Wandel in der EU-Flüchtlingspolitik. Dazu gehöre ein unbedingtes Bleiberecht und menschenwürdige Unterkünfte, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle Flüchtlinge. DIE LINKE will – wie auch DIE GRÜNEN – die Dublin-III-Verordnung abschaffen und durch ein faires System für Schutzsuchende ersetzen. Statt Abschottung und Kriminalisierung bedürfe es einer gesamteuropäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik, die Menschen in Not helfen müsse. Die EU habe daran mitzuwirken, dass fluchtverursachende Faktoren in den Herkunftsländern behoben werden. DIE LINKE fordert, dass die Grundrechte der Flüchtlinge eingehalten werden. Alle Migrantinnen und Migranten müssten im Rahmen einer Europäischen Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden. Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel müssten die Möglichkeit zur Legalisierung und faire Arbeitsbedingungen haben.

DIE LINKE steht zum Grundrecht auf Asyl. Sie will einen deutlich stärkeren Einsatz für Kriegsflüchtlinge (insbesondere aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika) und tritt für eine aktive Politik solidarischer sozialer Integration ein. DIE LINKE fordert ein wirklich humanes europäisches Asylrecht auf hohem menschenrechtlichen Niveau für alle Menschen ein, die aus politischen oder anderen Gründen fliehen müssen. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssten eingehalten werden. Besonders sei der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See zu befolgen. Der Zugang zu Asylverfahren und der Rechtsschutz für Asylsuchende müssten sichergestellt werden. Asylsuchende dürften nicht inhaftiert werden. Flucht sei kein Verbrechen und dürfe kein Grund für eine Inhaftierung sein.

Ziel der GRÜNEN sei die Verwirklichung eines europäischen Flüchtlingsschutzraumes mit einheitlichen Standards für die Unterbringung und den Schutz von Flüchtlingen. Die EU-Kommission müsse diese konsequent in allen Mitgliedsstaaten durchsetzen. Als Sofortmaßnahme fordern DIE GRÜNEN, dass keine Flüchtlinge mehr in Mitgliedsstaaten zurückgeschickt werden, die aufgrund ihrer geografischen Lage oder aufgrund von strukturellen Defiziten im Asylsystem überfordert seien. DIE GRÜNEN bezeichnen die Eurodac-Datenbank mit den Fingerabdrücken aller Asylsuchenden als „Schandfleck des neuen europäischen Asylsystems“. Der Polizeizugriff auf die Datenbank stelle einen inakzeptablen Missbrauch dar. Das Europäische Asylunterstützungsbüro (EASO) solle – mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet – in den EU-Staaten einheitliche Verfahren gewährleisten, so dass eine zügige und faire Bearbeitung von Asylanträgen möglich werde.

Die SPD will die Möglichkeiten der legalen Zuwanderung erhalten und weiterentwickeln – unabhängig von einer wirtschaftlichen Nützlichkeitslogik. Perspektivisch soll das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ durch ein System weiterentwickelt werden, das auf einer besseren Verantwortungsteilung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beruht. Die Drittstaatenregelung müsse reformiert werden.

Die SPD will in Fällen, in denen in einem Mitgliedsstaat das Asylsystem oder die Infrastruktur akut überlastet seien, durch einen zeitlich befristeten Mechanismus den Transfer von Flüchtlingen in einen anderen Mitgliedsstaat ermöglichen. Es dürfe aus Sicht der SPD auch an den EU-Außengrenzen keine Abstriche beim Flüchtlingsschutz und bei den Menschenrechten geben. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung müsse ebenso gewährleistet sein wie die Pflicht zur Seenotrettung. Unter diesen Prämissen will die SPD den Auftrag der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX weiterentwickeln und verändern. Gleichzeitig müssten die Fluchtursachen vor Ort bekämpft werden.

Für die FDP müsse das Asylrecht Grundrecht bleiben. Die Einhaltung von Menschenrechten und die Rettung von Menschen aus Seenot müsse bei allen Einsätzen von FRONTEX und EUROSUR oberste Priorität haben und garantiert werden. Zudem könne die Übernahme von Verantwortung gegenüber Menschen in Notsituationen nicht Aufgabe einiger weniger Mitgliedsstaaten sein. Die FDP fordert deshalb einen europäischen Verteilerschlüssel, für dessen Berechnung Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich sein sollen, aber auch familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden sollten. Sie fordert das Recht auf Arbeit für Asylsuchende. Außerdem solle die EU ein „EU-Asylangebot“ schaffen, um Fälle wie Snowden lösen zu können. Die FDP fordert effizientere Verfahren und eine konsequentere und vor allem schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für Leib und Leben bestehe.

Für die CDU gibt es hingegen keinen Anlass, grundsätzlich etwas an der bestehenden Asyl- und Flüchtlingspolitik zu ändern. Sie erklärt, in der Europäischen Union seien die rechtlichen Grundlagen für einen Raum des Flüchtlingsschutzes und der Solidarität geschaffen. Mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem hätte sie hohe Schutzstandards für Flüchtlinge errichtet. Damit verfüge die EU über ein Asyl- und Flüchtlingsschutzrecht, das weltweit zu den modernsten und weitreichendsten zähle. Das Dublin-Verfahren habe sich generell bewährt. Danach sei ein Asylgesuch in dem Mitgliedsstaat zu stellen, in dem der Asylsuchende erstmals in die EU gelangt sei. In der Praxis weise das Verfahren jedoch Mängel auf. Insbesondere scheitere bei einer großen Zahl der Fälle die Überstellung in den eigentlich zuständigen Mitgliedsstaat. Kein Mitgliedsstaat könne die anstehenden Probleme alleine lösen. Für die CDU gelte weiterhin das Prinzip „Einheitliches Schutzniveau und solidarische Lastenteilung“. Auch für die CDU gelte: Eine nachhaltige Asylpolitik setze bei den Fluchtursachen an. Die EU müsse sich dafür einsetzen, dass sich die Lebenssituation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge anhaltend verbessere.

Die AfD fordert, die humanitäre Hilfe und die Hilfe für Kriegsflüchtlinge unbedingt zu gewährleisten und die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen unter den Ländern der EU fair zu verteilen. Innerhalb der EU seien gemeinsame Mindeststandards für die Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber anzustreben. Die Entscheidungsdauer über einen Asylantrag sei unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze zu verkürzen und Antragstellern sei das Recht auf Arbeit zu gewähren. Gleichzeitig lehnt die AfD eine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme strikt ab. Mit diesen Positionen versucht sich die AfD einerseits von rechtsextremen Kräften wie der NPD abzugrenzen und andererseits rechte populistische Debatten aufzugreifen.

Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Alle Parteien räumen dem Datenschutz und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung in ihren Wahlprogrammen einen hohen Stellenwert ein. So setzt sich die FDP für ein freiheitliches Europa der Bürgerrechte ein, das Toleranz, Privatsphäre – ob digital oder analog – und persönliche Verantwortung respektiert und schützt. Sie will unbescholtene Bürgerinnen und Bürger vor der Beobachtung und Kontrolle durch Staaten und Konzerne wirksam schützen.

Während die FDP, die AfD und DIE GRÜNEN für ein Ende der **Vorratsdatenspeicherung** in ganz Europa eintreten und sich die SPD und DIE LINKE nicht explizit zu dieser Frage äußern, hält die CDU eine Vorratsdatenspeicherung für dringend erforderlich. Die CDU besteht auf angemessenen Speicherfristen für Verbindungsdaten zur Verfolgung schwerer Straftaten, auf die jedoch ausschließlich nach Genehmigung durch einen Richter zugegriffen werden dürfe.

Allerdings will die CDU neue transatlantische Datenschutzstandards vereinbaren, um personenbezogene Daten bei ihrer Übermittlung von Europa in die USA besser zu schützen. Auch nach Auffassung der AfD müsse der massenhafte **Transfer von Daten europäischer Bürger** an die Sicherheitsbehörden der USA und anderer nichteuropäischer Staaten beendet werden, insbesondere jener aufgrund des SWIFT-Abkommens sowie für die Übermittlung von Fluggast-Daten. In diesem Kontext wollen sowohl die CDU als auch DIE GRÜNEN das Safe-Harbor-Abkommen (Vereinbarung zwischen der EU und den USA, wonach US-Unternehmen die Daten von EU-Bürger/innen unter bestimmten Voraussetzungen in den USA verarbeiten dürfen) aufkündigen und neu verhandeln, um den europäischen Datenschutz im transatlantischen Austausch zu gewährleisten. Gleiches gelte nach Auffassung der GRÜNEN auch für die Fluggast- und Bankdatenabkommen, die anlasslose Datensammlung ermöglichen und somit nicht mit den Grundrechten der EU-Bürger/innen vereinbar seien. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang als Sofortprogramm ein Moratorium für den Austausch von Bankdaten (SWIFT) und von Fluggastdaten (PNR) und für die Weitergabe personenbezogener Daten aus der EU an Wirtschaftsunternehmen der USA (Safe-Harbor).

Die SPD will ein umfassendes europäisches Regime zum Datenschutz auf hohem Niveau. Es müsse sichergestellt werden, dass personenbezogene Daten nicht ohne hohe Anforderungen an Drittstaaten mit weitaus geringerem Datenschutzniveau weitergegeben werden dürfen. Europa müsse seine Bürgerinnen und Bürger und den Schutz ihrer Daten selbstbewusst verteidigen. Die NSA-Affäre dürfe nicht ohne Folgen bleiben. Europa dürfe weder zulassen, dass seine Bürgerinnen und Bürger zum Spielball der ökonomischen Interessen gigantischer Internet-Konzerne werden, noch dass sie schutzlos den Späh-Attacken anderer Staaten ausgeliefert seien.

DIE LINKE setzt sich für die Ausweitung von Grundrechten im Internetzeitalter ein. Sie lehnt die totalitär gewordene Überwachung von Kommunikation durch Staaten und Konzerne ab, fordert das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Durchsetzung demokratischer Kontrolle. Sie will Geheimdienste abschaffen, die Einschränkung der Bürgerrechte im Namen des sogenannten Anti-Terror-Krieges zurücknehmen und damit die Demokratie schützen.

DIE GRÜNEN treten für eine Stärkung der Datenschutzbeauftragten ein, deren Unabhängigkeit EU-vertraglich festgelegt sei. Zur Abwehr von Spionage gegenüber Staat, Wirtschaft und EU-Bürger/innen seien aus Sicht der GRÜNEN verbindliche europäische Regelungen auf Grundlage der EU-Grundrechtecharta nötig. Forschungsprojekte zur unverhältnismäßigen Ausweitung staatlicher Überwachung unter dem Programm INDECT dürften nicht länger gefördert werden. Für die Zulassung von zivilen Drohnen in Europa bedürfe es klarer grundrechtsschützender Bedingungen.

Die CDU will künftig einen besonderen Schwerpunkt auf Datenschutz, Netzsicherheit, Urheberrecht, digitales Lernen, Open Data sowie Online-Bürgerbeteiligung und E-Government legen und strebt eine europäische Datenschutzgrundverordnung an. Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei und Geheimdiensten ab und verwahrt sich gegen alle Versuche, diese Kräfte zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen in einzelnen Mitgliedsländern einzusetzen.

8. Europa in der Welt

Alle Parteien verbinden angesichts des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs und des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs und angesichts der zunehmenden Spannungen in Europa – sichtbar vor allem in der Ukraine-Krise – die Errungenschaften bzw. den Wert der Europäischen Union mit ihrem friedenserhaltenden Beitrag. Alle Programme berufen sich auf die Entwicklung der EU als erfolgreiche Friedensgemeinschaft.

CDU, SPD, FDP, GRÜNE und AfD verweisen (in den Kernaussagen ähnlich) auf die Erfolgsgeschichte der EU als das „weltweite Pionierprojekt für eine staatenübergreifende Zusammenarbeit und Demokratie“ (SPD), das Frieden, Freiheit und Demokratie verankerte und Gerechtigkeit beförderte (GRÜNE). DIE LINKE hebt hervor, dass der Prozess der europäischen Integration und die Entwicklung der Europäischen Union immer auch mit der Hoffnung auf Frieden und sozialen Fortschritt verbunden waren. Aus dem Widerstand gegen Krieg und Faschismus sei die Forderung erwachsen, die auch heute für die Partei verbindlich sei: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Für ein gemeinsames Haus Europa und Frieden.“

Die CDU betont in ihrem Wahlprogramm, dass es heute um die enge Verzahnung der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklungen in der EU und in anderen Teilen der Welt gehe. Der Erfolg der EU sei heute gebunden an den Euro als weltweit anerkannte stabile Währung, an weltweite Wettbewerbsfähigkeit von Produkten und Dienstleistungen der EU, an die europäischen Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft. Um weltweit für Frieden, Freiheit und Wohlstand eintreten zu können, müssten die Europäer gemeinsam Lösungen erarbeiten und vor allem mit *einer* Stimme sprechen. Dies fordert auch die FDP angesichts einer stark fragmentierten europäischen Außenpolitik, die in wesentlichen Fragen von den Mitgliedstaaten der EU und nicht von der Union selber gestaltet werde. Das Prinzip der Einstimmigkeit mache dabei schnelle Entscheidungen schwierig. In allen größeren Krisen der letzten Jahre (Libyen, Mali oder Syrien) sei die EU gespalten und so die Verhandlungsmacht Europas geschwächt gewesen.

CDU, FDP, SPD und GRÜNE beschreiben die globale Verantwortung der EU auch in der Friedensfrage. Die SPD will beispielsweise erreichen, dass die EU ihre Erfahrungen der inneren Friedensstiftung auch in die internationalen Beziehungen einbringt und „aktiv zum Aufbau einer friedlichen und gerechten Ordnung der Welt beiträgt“. Aber – so kritisiert DIE LINKE – gerade dieses Ziel, „Frieden – auch sozialen – zu schaffen und zu erhalten“, habe die EU aus den Augen verloren.

CDU und GRÜNE verbinden globale Verantwortung mit einem ständigen Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat. Auf dem Weg dorthin könne aus Sicht der CDU zunächst Deutschland Verantwortung übernehmen. DIE GRÜNEN verbinden die Rolle der EU als Zivilmacht eher mit einem Engagement zur Stärkung der Vereinten Nationen.

Auch DIE LINKE fordert eine EU, die sich an globalen Initiativen aktiv beteiligt, die zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung beitragen. Sie lehnt jegliche Form von Gewaltanwendungen in internationalen Beziehungen ab und setzt sich für die Einhaltung des in der UN-Charta verankerten Gewaltverbots ein. Eine konsequente Entmilitarisierung der EU und die Konversion der Militärpotenziale ihrer Mitgliedsstaaten wäre aus ihrer Sicht hierzu ein wichtiger Beitrag. Dies aber brauche einen Neustart der EU: „für mehr soziale Gerechtigkeit, für soziale Beziehungen in Europa und der EU in der Welt, für Abrüstung und Frieden“.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Während sich CDU und SPD für den Aufbau einer europäischen Armee aussprechen und DIE GRÜNEN die Streitkräfte in Europa „integrieren und reduzieren“ wollen, wendet sich die AfD explizit gegen eine „Vergemeinschaftung“ von Militär. DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Europas ohne Armeen. Die FDP äußert sich nicht zu dieser Frage.

Die CDU will die GSVP zu einer gemeinsamen Verteidigung der Europäischen Union ausbauen und setzt hierbei auf das Konzept der Anlehnungspartnerschaft. D.h. Nachbarländer können sich an die militärischen Fähigkeiten der größeren Mitgliedstaaten der EU ankoppeln, so dass langfristig der Aufbau einer gemeinsamen Verteidigung umgesetzt wird – auch der Aufbau einer europäischen Armee. Die CDU will dabei eng mit der NATO zusammenarbeiten. Außerdem setzt sich die CDU dafür ein, dass der Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU als Vizepräsident in der Europäischen Kommission verankert bleibt, so dass dieses Amt weiter gestärkt wird, damit die EU geschlossener und wirksamer in der Welt auftreten und handeln könne. Die Fähigkeiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für ein vorbeugendes Krisenmanagement und für eine schnelle Krisenreaktion müssten verbessert und die Handels- und Außenpolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit zwischen EU-Kommission und EAD besser verknüpft und abgestimmt werden.

Auch die SPD will neue politische Initiativen zur Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU auf den Weg bringen, deren Schwerpunkte auf diplomatischen und zivilen Mitteln zur Krisenprävention und Konfliktregelung und auf einer strategischen Weiterentwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik liegen. Langfristiges Ziel bleibe der Aufbau einer Europäischen Armee, die „auch große Chancen für konventionelle Abrüstung und einen effizienteren Ressourceneinsatz in der europäischen Sicherheitspolitik“

eröffne. Allerdings müsse der Aufbau einer Europäischen Armee mit einem Ausbau der Informations- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments flankiert werden.

Der FDP geht es bei der künftigen Entwicklung vor allem darum, die EU in die Lage zu versetzen, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit und auf allen Ebenen politisch gemeinsam und operativ vernetzt handeln zu können. Die derzeitigen Strukturen und Verfahren seien jedoch hierzu ungeeignet. So sei der EAD der EU nur dort handlungsfähig, wo Konsens unter den Mitgliedsstaaten herrscht (z. B. bei den Iran-Verhandlungen), und im Auftreten nach außen durch die ihm unterstellten Botschaften der EU. Der Hohe Beauftragte sollte für das gesamte Außenhandeln (also auch für die Nachbarschaftspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit) Verantwortung tragen. Die EU-Botschaften könnten Aufgaben nationaler Botschaften – gerade im Rechts- und Konsularwesen – übernehmen.

DIE GRÜNEN beschreiben die derzeitige Außen- und Sicherheitspolitik der EU als ein chaotisches Nebeneinander von nationalem und zeitlich verspätetem europäischem Agieren. Eine neu zu formulierende gemeinsame außenpolitische Strategie sollte die bestehende Europäische Sicherheitsstrategie ablösen und auf den Prinzipien der Multilateralität, der Internationalität, der parlamentarischen Kontrolle und des Primats des Zivilen basieren. Außerdem setzen sich DIE GRÜNEN in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein.

Die AfD bejaht die gemeinsame Verfolgung europäischer Interessen und damit eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Bereichen, in denen die EU gemeinsame Interessen ihrer Mitgliedsstaaten vertritt. Sie lehnt sie ab für Politikbereiche, für die nach EU-Recht die Mitgliedsstaaten zuständig sind. Das gemeinsame außenpolitische Interesse der EU ergebe sich für die AfD aus der Schnittmenge der unterschiedlichen nationalen Interessen. Eine Mitwirkung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen, die einzelne EU-Länder ohne vorherige Abstimmung begonnen haben, befürwortet die AfD nicht, es sei denn, es besteht daran ein begründetes nationales deutsches Interesse.

Im Unterschied zu anderen Parteien wendet sich DIE LINKE gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst, der eine Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der GASP und der GSVP forciert. Sie lehnt die Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der GASP und der GSVP sowie an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab und fordert, Auslandseinsätze zu beenden. Sie stellt sich gegen die Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen, die zur Verschleierung der Militarisierung der Außenpolitik beitragen.

Haltung zur NATO

In der Haltung zur NATO gibt es eine tiefe Kluft zwischen CDU, FDP, AfD und GRÜNEN auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während sich CDU, FDP und AfD zur NATO bekennen und DIE GRÜNEN die NATO reformieren wollen, fordert DIE LINKE die Auflösung dieses Bündnisses. Die SPD äußert sich in ihrem Europawahlprogramm nicht zu dieser Frage, hatte sich aber in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 für eine aktive Rolle Deutschlands in der NATO ausgesprochen.

Für die FDP bleibt die NATO weiterhin Garant der nationalen Sicherheit. Die NATO sei das erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Geschichte. Sie sei Ausdruck einer Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und stelle deshalb den wichtigsten Anker deutscher Außen- und Sicherheitspolitik dar. Aus liberaler Sicht sei die NATO auszubauen. Für die CDU kommt es in Zukunft darauf an, die Kooperation zwischen der EU und der NATO zu stärken. Bestehende Blockaden bei der Zusammenarbeit müssten überwunden werden. Auch für die AfD sei und bleibe die NATO die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur, deren entscheidender Anker das Bündnis mit den USA sei. Für einen europäischen Verteidigungsminister oder gar eine europäische Armee bleibe aus ihrer Sicht „daneben kein Raum“. Doch bei aller Bündnistreue müsse Grenz- und Regelüberschreitungen der USA – wie im Falle der NSA-Datensammlung – gegebenenfalls diplomatisch und rechtlich entschieden entgegen getreten werden.

DIE GRÜNEN wollen die NATO so reformieren, dass sie in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann, die künftig die europäischen NATO-Partner und die USA auf Augenhöhe agieren lässt. Allerdings sehen DIE GRÜNEN auch die Notwendigkeit der Stärkung der OSZE als die einzige multilaterale Sicherheitsorganisation, die den gesamten euroasiatischen Raum sowie die USA und Kanada abdeckt.

Dagegen steht DIE LINKE für die Beendigung der EU-NATO-Partnerschaft, fordert die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Bis dahin tritt sie dafür ein, dass Deutschland und andere EU-Mitgliedsstaaten aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austreten und die Armeen in der EU dem Oberkommando der NATO entzogen werden. Sie fordert die US-Militärbasen in der EU zu schließen und setzt sich für eine Beendigung der militärischen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit den USA (einschließlich der Kündigung der entsprechenden Abkommen) ein.

Rüstungspolitik und Haltung zu Rüstungsexporten und Abrüstung

Während CDU, FDP, SPD und GRÜNE darüber nachdenken, militärische Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung innerhalb der EU effizienter zu gestalten und dadurch Militärausgaben zu reduzieren, fordert DIE LINKE, Rüstungsproduktion in der EU und Rüstungsexporte gänzlich zu verbieten. Die SPD erhofft sich von der Schaffung einer europäischen Armee gar „große Chancen für konventionelle Abrüstung“. Die AfD geht in ihrem Programm auf Fragen der Rüstungspolitik, der Rüstungsexporte und der Abrüstung nicht ein.

Die CDU will zusammen mit kooperationswilligen EU-Partnern ein Konzept für eine gemeinsame Verteidigungsplanung entwickeln und strebt verstärkt gemeinsame Rüstungsprojekte an. Sie will sich hierzu innerhalb der EU für eine Angleichung der Richtlinien für Rüstungsexporte einsetzen. Die FDP verweist angesichts der zwei Millionen Soldaten und der ca. 200 Milliarden Euro pro Jahr für Soldaten und Waffen auf erhebliche Verschwendung von Steuermitteln sowie Mehrfachstrukturen bei der militärischen Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung. Sie will diese Zersplitterung überwinden und dadurch die Verteidigungsausgaben senken. In einem ersten Schritt sollen Rüstungsentwicklung und -beschaffung stärker gemeinsam im europäischen Rahmen stattfinden.

Der Verhaltenskodex der EU für Rüstungsexporte müsse als Mindeststandard rechtsverbindlich werden.

DIE GRÜNEN wollen die EU als Zivilmacht entwickeln, die sich für Abrüstung einsetzt und deren Mitgliedsstaaten keine Waffen an Diktaturen und in Krisengebiete liefern. Die EU sollte ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten direkt im Rahmen der Friedenssicherung der VN einbringen. Langfristiges Ziel der GRÜNEN sei es, den VN „eigene ständige Truppen“ zu unterstellen, anstatt nationale Militärkontingente abzuordnen. Die Öko-Partei setzt sich zudem für eine Parlamentsbeteiligung des Europäischen Parlaments bei militärischen Einsätzen der EU ein. Durch aufeinander abgestimmte, möglichst weitgehend spezialisierte nationale Streitkräfte und gemeinsame Beschaffung könnten Synergien erzeugt und die militärischen Ausgaben gesamteuropäisch gesenkt werden. Die EU müsse dahingehend Einfluss ausüben, dass Waffenexporte global reduziert werden und sich die Rüstungsexportpolitik nicht an partikularen politischen und wirtschaftlichen Interessen ausrichtet.

DIE LINKE will eine EU frei von Massenvernichtungswaffen und fordert deshalb den Abzug und die Vernichtung aller US-Atomwaffen aus Europa. DIE LINKE wendet sich auch gegen ein neues atomares Wettrüsten in Europa und kritisiert hierbei auch die Aufstellung des Raketenschildes durch die USA. Sie lehnt das neue Wettrüsten auf dem Gebiet der Drohnen ab und fordert ein Ende der EU-Forschungsprojekte, die die militärische und polizeiliche Nutzung von Drohnen voranbringen sollen. Sie will sich stark machen für den Aufbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes. DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands und eines Europas ohne Armeen, einer Welt ohne Kriege. Konkret fordert sie Konversionsprojekte und die Abschaffung der EU-Rüstungsagentur, das EU-weite Verbot von Rüstungsexporten, einschließlich eines EU-weiten Exportverbotes von Dual-Use-Chemikalien und entsprechenden Industrieanlagen an Staaten, die die Chemiewaffenkonvention nicht unterzeichnet und ratifiziert haben.

Verhältnis zu Russland

Alle Parteien setzen sich für ein gutes Verhältnis zu Russland ein. Die LINKE geht besonders weit und will Russland in ein System kollektiver Sicherheit einbeziehen, das an die Stelle der NATO treten soll. Die FDP äußert sich nicht zu dieser Frage.

Die CDU strebt ein gutes, nachbarschaftliches Verhältnis zu einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland an, abhängig davon, ob Russland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt, sich seinerseits um gutnachbarschaftliche Beziehungen bemüht und vereinbarte demokratische und rechtsstaatliche Standards einhält. Die CDU will die Kontakte zu Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und der Zivilgesellschaft verbreitern und die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit fördern.

Für die SPD ist Russland ein wichtiger Partner für Europa. Sie will Russland für gemeinsame Problemlösungen bei drängenden internationalen Herausforderungen gewinnen und die Partnerschaft entlang einer erneuerten politischen Agenda weiterentwickeln. Kritische Themen wie demokratische und menschenrechtliche Fragen will die SPD in einem offenen Dialog thematisieren.

DIE GRÜNEN wollen vielfältige Beziehungen zwischen der EU und Russland für die Unterstützung von Modernisierung und Demokratisierung nutzen. Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik wollen DIE GRÜNEN in ganz Osteuropa erreichen, dass Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden und die ehemaligen Sowjetrepubliken eigenständig und selbstbestimmt ihre Zukunft gestalten können.

Für die AfD ist das Verhältnis Deutschlands wie auch Europas zu Russland wichtig. Die Einbindung in den Westen – so die AfD – dürfe Deutschland nicht daran hindern, dem Nachbarn im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und daran mitzuwirken, Probleme zwischen Russland und anderen Nachbarstaaten der Sowjetunion im Einvernehmen mit diesen zu lösen. Das gelte auch für eventuelle Beitritts- oder Assoziierungsgespräche.

Positionen zum Ukraine-Konflikt

Auf den Ukraine-Konflikt gehen nur CDU, SPD und GRÜNE ein. Die SPD erklärt, dass gewährleistet sein müsse, dass die Debatte über den künftigen Weg des Landes offen und unter breiter politischer und zivilgesellschaftlicher Teilhabe geführt werde. Nach Auffassung der GRÜNEN solle auch die Ukraine, wo hunderte Tausende Menschen für die Europäisierung des Landes und für die Annäherung an die Europäische Union auf die Straße gingen, eine klare Beitrittsperspektive zur EU erhalten. In den Wahlprogrammen von FDP, LINKEN und AfD gibt es dazu keine Äußerungen.

Das Wahlprogramm der CDU, das zeitlich als letztes beschlossen wurde, widmet der Ukraine ein gesondertes Kapitel, in dem das Vorgehen Russlands in der Ukraine als „Bruch grundlegender völkerrechtlicher Prinzipien“ beschrieben wird. Die CDU spricht sich dafür aus, dass die Ukraine umfangreiche, auch finanzielle Solidarität durch die EU erfährt. Die Ukraine habe durch das Assoziierungsabkommen eine klare europäische Perspektive. Aus Sicht der CDU sei die Unterstützung separatistischer Bestrebungen in den Nachbarländern Russlands und die Verletzung der Souveränität des Hoheitsgebiets russischer Nachbarn „absolut inakzeptabel“. Alle militärischen Einheiten Russlands (außer der zwischen der Ukraine und Russland vertraglich vereinbarten Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim) müssten das ukrainische Staatsgebiet verlassen. Ziel der CDU sei es, die aktuelle Krise in Verhandlungen zu lösen. Zugleich ist die CDU zu weiteren Sanktionen bereit, wenn Russland seinen Kurs nicht ändert. Dennoch solle die Ukraine gute und enge Beziehungen auch zu einem Russland pflegen, das die Souveränität seiner Nachbarn achte. Die Ukraine könne eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Europäischen Union und Russland einnehmen.

Verhältnis zu den Nachbarländern Europas am Mittelmeer

Während sich SPD und FDP nicht explizit zu dieser Thematik äußern, sind aus Sicht der CDU die Nachbarländer Europas an der südlichen und östlichen Küste des Mittelmeers von großer Bedeutung für die EU. Dies gelte vor allem für die innere und äußere Sicherheit der Europäischen Union, ihre Energieversorgung und die Bekämpfung illegaler Zuwanderung. Eine demokratisch verfasste und stabile europäische Nachbarschaft in Nordafrika und der arabischen Welt, die den Menschen gute Lebenschancen vor Ort eröffne, sei im Interesse der EU. Die

Europäische Union müsse deshalb die nachhaltige Entwicklung reformbereiter Länder weiter tatkräftig unterstützen. Die AfD expliziert sich lediglich auf die Ausweitung der Unterstützung der Mittelmeer-Anrainer Afrikas bei der Bekämpfung der Schlepper-Kriminalität, was sich nicht nur auf Schulung und Training der Behörden vor Ort beschränken dürfe.

DIE GRÜNEN fordern für die EU-Nachbarschaftspolitik einen grundsätzlichen Neuansatz für den gesamten Mittelmeerraum. Die EU müsse Anreize für demokratische Reformen setzen, die einen Mehrwert bieten. DIE GRÜNEN setzen sich für finanzielle Hilfen, Erleichterungen bei der Visavergabe, Marktzugang und Arbeitsmigration ein. Auch DIE LINKE lehnt die Europäische Nachbarschaftspolitik in ihrer bisherigen Gestalt ab. Im Vordergrund müssten die Bekämpfung der Armut und die Generierung von Wohlstand für möglichst breite Teile der Bevölkerung stehen.

Entwicklungszusammenarbeit

Alle Parteien räumen Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und dem Verhältnis der Europäischen Union und anderer Länder des Nordens zu denen des Südens einen hohen Stellenwert in ihren Wahlprogrammen ein. Die SPD will bei der Entwicklungszusammenarbeit eine enge Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und den EU-Institutionen erreichen. Dabei solle der Mensch mit seinen Rechten insbesondere auf Nahrung, Gesundheit und Bildung im Mittelpunkt stehen.

Die CDU versteht Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe. Sie tritt dafür ein, dass sich die europäische Entwicklungspolitik für eine armutsorientierte Folgeagenda nachhaltiger Entwicklungsziele einsetzt, die die bisherigen Millenniumsentwicklungsziele aufgreift und vertieft. Die europäische Entwicklungspolitik müsse so ausgestaltet werden, dass sie sich mit den Entwicklungspolitiken der Mitgliedsstaaten ergänzt. EU-eigene Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die selbst Entwicklungsprojekte durchführen, will die CDU nicht aufbauen. Dennoch sollten die verschiedenen Finanzierungsquellen der gemeinschaftlichen europäischen Entwicklungspolitik stärker aufeinander abgestimmt und besser miteinander verzahnt werden. Den Europäischen Entwicklungsfonds will die CDU in den Haushalt der Europäischen Kommission überführen.

Die FDP will Armutsursachen vor Ort bekämpfen und den Menschen ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um in ihrer Heimat ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen. Wirtschaftlicher Aufschwung vor Ort unterstütze Demokratisierungsprozesse, ermögliche politische Stabilität und könne dazu beitragen, Probleme wie Piraterie einzudämmen. Dazu gehöre, dort wo staatliche Strukturen vorhanden seien, diese in ihrer Verantwortung für die betroffenen Menschen zu stärken. Ziel liberaler europäischer Entwicklungspolitik sei es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu stärken, klassische Entwicklungshilfe zu reduzieren und die Mittel zielgerichtet, transparent, effizient und kontrolliert einzusetzen.

Nach Meinung der AfD sollten Exportsubventionen der EU verringert und der Außenhandelsschutz schrittweise abgebaut werden. Beides erhöhe die wirtschaftlichen Chancen für Entwicklungsländer und mindere unter Umständen den

Migrationsdruck. Die Unterstützung von Herkunfts- und Drittstaaten von Flüchtlingen über außen- und entwicklungspolitische Maßnahmen sei zudem eine wichtige Voraussetzung, um diese in den Kreis der sicheren Staaten zu integrieren.

DIE GRÜNEN beschreiben hingegen die Ambivalenz der EU-Entwicklungszusammenarbeit, die einerseits Hunger und Armut bekämpfe, doch zugleich mit ihrer Agrarpolitik die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstöre. Die Öko-Partei verknüpft die Fragen von Solidarität und Gerechtigkeit, von Klima- und Umweltschutz mit Entwicklungszusammenarbeit. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit müsse zu einem Kooperationsinstrument für die Verbesserung der sozialen und ökologischen Lebensbedingungen entwickelt werden. Die EU müsse sich dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit im Zentrum der zukünftigen Entwicklungsziele der VN stehe. DIE GRÜNEN fordern Schuldenschnitte für die ärmsten Staaten, damit diese ihre Verschuldung schnell auf ein nachhaltiges Maß reduzieren können. Außerdem wollen sie Steuerbehörden vor Ort stärken, einen globalen Finanzausgleich diskutieren und einen Insolvenzmechanismus für Staaten entwickeln.

DIE LINKE setzt sich für eine grundlegend veränderte Handelspolitik in der EU ein, die die selbstständige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Partnerländer im globalen Süden ermöglicht und fördert und die Beteiligung von Parlamenten und Zivilgesellschaft an der Ausgestaltung ihrer Handelspolitik ermöglicht. Sie fordert den Schutz von Produzentinnen und Produzenten im Süden vor Nahrungsmittel-Dumping aufgrund von EU-Importen. Sie fordert, dass Entwicklungshilfegelder sich direkt auf Maßnahmen zur Armutsbekämpfung konzentrieren. Jedes Land müsse selbst entscheiden können, ob beziehungsweise wann es ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet und ratifiziert. Die wirtschafts- und sozialpolitische Steuerungsfähigkeit der Partnerländer dürfe nicht durch Handels- und Investitionsabkommen mit der EU untergraben werden, und die Mitwirkungsrechte der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung der AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) und des Europäischen Parlaments an der Programmierung und Umsetzung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) müssten gestärkt werden.

Resümee

Beim grundsätzlichen **Herangehen an die EU** und ihre Politik gibt es eine klare Spaltung: Während CDU, FDP, SPD und GRÜNE in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung sehen und die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte betonen, ist das Herangehen der Partei DIE LINKE völlig anders. Sie ist der Auffassung, die herrschende neoliberale Politik der EU agiere gegen soziale Gerechtigkeit, gegen den weltweiten Frieden und gegen die demokratische Teilhabe der Menschen. Zwar ist auch sie gegen einen Rückzug auf den Nationalstaat, verlangt aber eine Neubegründung und einen Neustart, um eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu ermöglichen. Die AfD will hingegen die EU auf die Binnenmarktfunktion reduzieren und strebt im Sinne des Souveränismus lediglich einen Staatenbund an.

In der **europäischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** sind die Differenzen vielfältiger. Für CDU, FDP und AfD stehen allein die Wettbewerbsfähigkeit nach innen und außen sowie der Bürokratieabbau im Mittelpunkt. DIE GRÜNEN

setzen auf einen „Green New Deal“. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das Prinzip der „Guten Arbeit“ sind für die SPD und DIE LINKE, aber auch für DIE GRÜNEN besonders wichtig. Allein DIE LINKE plädiert für einen starken öffentlichen Sektor und den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen und verurteilt die Strategie, die EU zur wettbewerbsfähigsten Region in der Welt zu machen, weil damit ein gnadenloser Standortwettbewerb und ein Wettlauf um Senkung der Kosten sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft verschärft wurden.

In der **europäischen Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik** sind sich die Parteien zumindest darin einig, dass auf dem Finanzmarkt Risiko und Haftung wieder zusammengeführt werden müssen. Ansonsten gehen die Positionen zum Teil weit auseinander. Während DIE GRÜNEN eine gemeinsame europäische Finanzpolitik fordern, wird diese Idee von der CDU, der SPD und den LINKEN nicht thematisiert und von FDP und AfD zurückgewiesen. Während DIE GRÜNEN und DIE LINKE die Ausgabe von Eurobonds für sinnvoll halten, wenden sich CDU, FDP und AfD ausdrücklich gegen eine solche „Vergemeinschaftung“ von Schulden. Während DIE GRÜNEN und DIE LINKE für eine gemeinsame europäische Steuerpolitik plädieren und die SPD immerhin für die Einführung eines Mindeststeuersatzes eintritt, lehnen FDP und AfD eine europaweite Harmonisierung von Steuersätzen generell ab. Während sich die CDU, die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aussprechen, verwirft die FDP eine solche Steuer. Während Union, FDP, SPD, GRÜNE und LINKE an der gemeinsamen Währung festhalten, strebt die AfD einen Ausstieg aus dem Euro an. Während CDU, SPD, FDP und GRÜNE die Bankenunion befürworten, lehnt DIE LINKE diese Institution in ihrer beschlossenen Form ab. Hingegen wendet sich die AfD generell gegen eine solche Union. Allein DIE LINKE will private Großbanken vergesellschaften und die öffentlichen Haushalte von der „Diktatur der Finanzmärkte“ befreien, indem die Staaten die Möglichkeit erhalten, sich bei der EZB in einem festgelegten Rahmen günstig zu finanzieren.

In der **europäischen Sozialpolitik** gibt es deutliche programmatische Unterschiede zwischen CDU, FDP und AfD einerseits und SPD, GRÜNEN und LINKEN andererseits. Während dieses Politikfeld bei AfD, FDP und CDU nur einen geringen Stellenwert einnimmt und sie vor allem einen Lobgesang auf die „Soziale Marktwirtschaft“ anstimmen, hat es bei den anderen Parteien – trotz aller Differenzierung – eine weitaus größere Bedeutung. Hier wird – im Unterschied zu AfD, FDP und CDU – ein „soziales Europa“ als Gegenpol zu wirtschaftsliberalen Positionen thematisiert. SPD, GRÜNE und LINKE plädieren für einen europäischen Sozialpakt bzw. für eine europäische Sozialunion, die der Wirtschafts- und Währungsunion zumindest gleichrangig ist und die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessern soll. Aber nur DIE LINKE begreift Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe. Allein sie lehnt konsequent jegliche weitere Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich ab.

Auf **umwelt- und energiepolitischem Gebiet** stehen in allen untersuchten Wahlprogrammen Klimaschutz und Energiewende im Zentrum. Sie werden jedoch auf unterschiedliche Weise verbunden, gewichtet und bearbeitet und sind für die AfD gar primär nur eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. Alle Parteien sprechen sich für umweltfreundliche Energien, für Emissionsvermeidung bzw. Reduzierung aus. Unterschiede gibt es hinsichtlich der Wege und Instrumente und der Verbindlichkeit festzulegender Ziele bei der Umsetzung. CDU und FDP

setzen vor allem auf Anreize und marktwirtschaftliche Instrumente. Die SPD tritt für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU ein, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht als Gegensätze begreift. DIE GRÜNEN sehen in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme und setzen auf einen Green New Deal, der durch Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue Infrastrukturen dringend benötigte Jobs und Zukunftsperspektiven schaffen soll. DIE LINKE betont (bei deutlichen Gemeinsamkeiten mit SPD und GRÜNEN) auch in ihren umweltpolitischen Vorstellungen am stärksten von allen Parteien den sozialen Aspekt und beschreibt in ihrem Programm den Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit, ökologischem Wirtschaften und gutem Leben.

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** sprechen sich alle Parteien für ein bürgernahes Europa aus, setzen aber unterschiedliche Schwerpunkte. Insbesondere DIE LINKE macht sich für Wirtschaftsdemokratie stark. Während vor allem DIE LINKE und DIE GRÜNEN die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren und mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung fordern, läuft beispielsweise die von der CDU favorisierte Vorratsdatenspeicherung auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus. Bei der **Asyl- und Flüchtlingspolitik** sehen CDU und AfD keinen grundsätzlichen Änderungsbedarf, während GRÜNE, FDP und SPD diese Politik – wenn auch im Detail unterschiedlich – humaner gestalten wollen. DIE LINKE fordert einen grundlegenden Wandel in der EU-Flüchtlingspolitik – hin zu einem unbedingten Bleiberecht und sozialer Absicherung für Flüchtlinge.

Hinsichtlich der **Rolle Europas in der Welt** und der in diesem Kontext stehenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen verbinden alle Parteien angesichts des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs und des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs und angesichts der zunehmenden Spannungen in Europa die Erfolgsgeschichte bzw. den Wert der Europäischen Union mit ihrem friedenserhaltenden Beitrag. In der Frage einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit in der EU zeichnen sich in den Europawahlprogrammen der untersuchten Parteien drei unterschiedliche Positionen ab. Während CDU, FDP, SPD und GRÜNE – wenn auch sehr differenziert – dafür eintreten, die militärische Zusammenarbeit in der EU auszuweiten oder sogar einen militärischen Arm der EU zu schaffen, lehnt DIE LINKE konsequent alle Schritte ab, die darauf hinauslaufen, die EU in eine militärische Interventionsmacht zu verwandeln, und verfolgt langfristig das Ziel eines Europas ohne Armeen. Die AfD wendet sich hingegen – ihrem nationalistisch inspirierten Konzept eines europäischen Staatenbundes folgend – explizit gegen eine „Vergemeinschaftung“ von Militär. In der Haltung zur NATO gibt es eine tiefe Kluft zwischen CDU, FDP, AfD und GRÜNEN auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während sich CDU, FDP und AfD zur NATO bekennen und DIE GRÜNEN die NATO reformieren wollen, fordert DIE LINKE die Auflösung dieses Bündnisses. Die SPD äußert sich in ihrem Europawahlprogramm nicht zu dieser Frage, hatte sich aber in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 für eine aktive Rolle Deutschlands in der NATO ausgesprochen.

Ein Vergleich der Wahlprogramme von Union, FDP, AfD, SPD, der GRÜNEN und der LINKEN zur Europawahl 2009 kann den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien eröffnen, die Nähe oder Ferne dieser Po-

sitionen auf diesen Linien markieren und sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen antizipieren.

Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Am klarsten ist das Bild auf der *Achse „Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung“*. Hier liegen AfD, FDP und CDU am neoliberalen Pol nahe zusammen. SPD und GRÜNE verorten sich programmatisch eher auf einer mittleren Position und nähern sich hier teilweise der LINKEN, die den Pol der Sozialstaatsorientierung markiert. Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der *Achse „libertäre versus autoritäre Orientierung“* die CDU auf der autoritären Seite und DIE LINKE sowie DIE GRÜNEN auf der libertären Seite die Gegenpole. SPD und AfD befinden sich hier dazwischen, die FDP näher bei GRÜNEN und LINKEN.

Auf dem Feld der Asyl- und Flüchtlingspolitik und der Zuwanderungspolitik stehen die Union und die AfD auf der *Achse „nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung“* tendenziell auf der Seite des Nationalen. DIE LINKE, DIE GRÜNEN, aber auch die FDP sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Die SPD nimmt hier eine mittlere Position ein. Auf der *Achse „Föderalismus versus Souveränismus“* positioniert sich die FDP hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Europäischen Union auf dem Pol des Föderalismus, die AfD auf demjenigen des Souveränismus. LINKE, GRÜNE, SPD und CDU tendieren – betrachtet man ihr jeweiliges politisches Gesamtkonzept – eher in Richtung Föderalismus als in Richtung Souveränismus.

Jochen Weichold / Cornelia Hildebrandt

Quellen:

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

- **CDU:** „Gemeinsam erfolgreich in Europa“. Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitags der CDU Deutschlands, Berlin, 5. April 2014, 102 S. <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf>
- **SPD:** Europa eine neue Richtung geben. Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014, [Berlin 2014], 14 S. www.spd.de/scalableImageBlob/114930/data/wahlprogramm-data.pdf .
- **FDP:** Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014. Beschluss des Europaparteitages der FDP, Bonn, 19. Januar 2014, 28 S. (EPT-Europawahlprogramm.pdf).
- **AfD:** Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, [Erfurt 2014], 25 S. URL: <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf> .
- **DIE GRÜNEN:** Europa – mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014 von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2014, 144 S.
- **DIE LINKE:** Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch. Programm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014 - Beschluss des Hamburger Parteitags, Hamburg, 15. Februar 2014, 47 S. URL: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag-2014/europa-geht-anders-sozial-friedlich-demokratisch/> .